

# 1955-1995 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN



BEKANNTGABE der Bonn-Kopenhagener Erklärungen beim Abendempfang am 29. März 1955 in Bonn: Staatsminister Hans Christian Hansen (2.v.l.), dänischer Botschafter Frants Hvass (3.v.l.), Direktor des dänischen Außenministeriums Nils Svenningsen (4.v.l.), deutscher Botschafter Georg Ferdinand Duckwitz (Mitte, hinten), Staatssekretär Prof. Walter Hallstein (3.v.r.), Bundeskanzler Konrad Adenauer (2.v.r.), schleswig-holsteinischer Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (r.)

(Foto: Bundesbildstelle, Bonn)



Motivgleiche deutsche und dänische Briefmarken zum  
30. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.  
Ihre Herausgabe erfolgte am 21. Februar 1985



## 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

# An einem Freitag um 15.15 Uhr in Paris

Der historische Meilenstein vom 29. März 1955: Die Interessen-Parallelität zwischen Adenauer und H. C. Hansen

Am 29. März begehen die beiden Minderheiten und die Regierungen in Bonn, Kiel und Kopenhagen im alten historischen Ständesaal zu Schleswig den 40. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Minderheiten-erklärungen.

Daß es die beiden Außenminister – der dänische Niels Helveg Petersen und sein deutscher Amtskollege Klaus Kinkel – sein werden, die am Mittwoch die Festreden halten, ist kein diplomatischer Zufall, denn die Erklärungen wurden 1955 von den Regierungschefs Konrad Adenauer und H. C. Hansen unterzeichnet, die damals beide gleichzeitig Außenminister waren. Sowohl für Deutschland als auch Dänemark hatte die Lösung der Schleswig-Frage, die mehr als 100 Jahre zu Konflikten und Spannungen geführt hatte, außenpolitisch große Bedeutung. Es war das letzte Mal, wo sich die internationale Politik mehr oder weniger über die innenpolitischen Bedenken beider Seiten durchsetzte und damit – damals auch teilweise gegen den Willen beider Minderheiten – neue Rahmenbedingungen für das Grenzland schuf, die sich später als entscheidendes Element auf dem Wege zur Befriedung zwischen Deutschen und Dänen erwiesen.

Dänemark trat 1949 der NATO bei, nachdem die bisherige Doktrin einer (militärisch zu schwachen) Neutralitätspolitik aufgegeben und der Traum einer nordischen Verteidigungsgemeinschaft zerplatzt war. Norwegen hatten sich frühzeitig für den amerikanischen NATO-Schirm entschieden, und Dänemark suchte Schutz vor dem großen Nachbarn im Süden, der in den fünf dunklen Jahren von 1940-1945 das Land besetzt gehalten hatte und von dem man ja nicht wußte, wie sich das am Boden zerschlagene Deutschland wieder erheben würde – ob nun wieder vereinigt oder nicht.

Die dänische Regierung hatte am 31. Januar 1947 in einem Memorandum an die Alliierten von einer deutschen Wiederbewaffnung scharf Abstand genommen. »Die dänische Regierung geht davon aus, daß effektive Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, daß die deutsche Jugend wieder militärisch ausgebildet wird... Dänemark hat besonderes Interesse, daß der deutsche Militarismus für immer verschwindet.« Die großpolitische Wetterlage stand jedoch auf Sturm. Als von dänischer Seite nach 1945 an der Grenze von 1920 gerüttelt wurde, hatte der Unterstaatssekretär im britischen »Foreign Office«, Lord Henderson, die dänischen Regierungsvertreter 1948 in London darauf hingewiesen, es sei »nicht länger möglich, die provinzielle (Minderheiten-) Frage isoliert von der Welt zu sehen«. Er wies auf die militärstrategisch wichtige Ostsee-Plazierung Dänemarks und auf die neuen Gefahren aus dem Osten hin. Amerikaner und Briten erkannten frühzeitig die Notwendigkeit, Deutschland in das westliche, demokratische Bündnis einzubeziehen. Die Briten wußten seit dem Moskau-Besuch ihres Außenministers Anthony Eden im Dezember 1941, daß Stalin Ostpolen und das Baltikum nicht wieder herausgeben wolle und weitergehende Pläne für den Balkan und die dänischen und türkischen Meerengen hegte. Nach

Ausbruch des Korea-Krieges 1951 setzte auch das Folkinge neue Signale, hieß es in einem Beschuß, »daß auch deutsche Truppen an der Errichtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung beteiligt werden sollen«.

Bereits im Mai 1952 war in Bonn ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten abgeschlossen worden, der ein vereintes Deutschland als Ziel hatte und gleichzeitig mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Kraft treten sollten. Ende August 1954 lehnten die Franzosen den EVG-Vertrag ab, weil sie die Bedrohung durch die Sowjets damals geringer einschätzten als die Partner. Nun wurde statt dessen überlegt und in Aussicht genommen, Deutschland in die NATO aufzunehmen, womit auch die Besatzungszeit als beendet angesehen und die Bundesrepublik ihre – dann nach nur eingeschränkte – Souveränität erhalten sollte.

Das Verhältnis zu Deutschland war für Dänemark in den Jahren nach 1945 die entscheidende (innen-) und außenpolitische Frage. Es galt unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen des kalten Krieges ein neues Verhältnis zum Nachbarn aufzubauen. Da gab es nach 1945 zunächst nur wenige deutsch-dänische Kontakte; eine der ersten Spuren zu den späteren Bonn-Kopenhagener Minderheiten-erklärungen führt ins schweizerische Caux, wo die Moraleische Aufrüstung (»Moral Re-Armament«) im »Mountain House« ihr Zentrum hatte. Sie war als Oxford-Bewegung 1921 vom lutherischen US-Pastor Frank Buchmann gegründet worden und hatte vier moralische Gebote: Ehrlichkeit, Reinheit, Uneigennützigkeit und Liebe. In Caux waren u.a. auch Konrad Adenauer und der Konservative Ole Bjørn Kraft – und gleich mehrfach der dänische Staatsminister Knud Kristensen, der am 4. November 1947 wegen seiner revisionistischen Südschleswig-Politik (von den Radikalen) gestürzt worden war. »A er væk«,

## Die Spuren aus dem »Mountain House«

teilte Kristensen mit, ohne daß seine Minister wußten, wo er heimlich untergetaucht war: in Caux! Eine Spur führte via Caux nach Cochem, einer Stadt im Moseltal zwischen Trier und Koblenz. Dies hat 1962 der damalige Bonner Korrespondent der »Jyllands-Posten«, Karl Christiansen, dankenswerterweise nachrecherchiert. In Caux waren nach 1945 erstmals auch Persönlichkeiten des bürgerlichen Deutschland eingeladen, um mit anderen ausländischen Gästen zusammenzutreffen. Unter ihnen befand sich der damals 37jährige CDU-Politiker Willy Massoth (1911-1978), von 1949 bis 1957 CDU-Bundestagsabgeordneter und von 1957 bis 1969 Bürgermeister von Cochem. Er lernte in Caux den Journalisten F. Weltmann aus Kopenhagen kennen, der in den 30er Jahren als Jude Deutschland verlassen und in Dänemark Zuflucht gefunden hatte. Weltmann, der später zum Katholizismus konvertierte, war inzwischen dänischer Staatsbürger, Herausgeber eines Pressedienstes und Anhänger des konservativen Außenministers Christmas Möller, der nach 1945 für eine »Die Grenze-

liegt-fest-Politik« eingetreten war. In Massoth lernte er das »andere Deutschland« kennen; Massoth war Mitbegründer der Jungen Union in Hessen und saß wegen seines Widerstandes gegen die Nazis vorübergehend in Gestapo-Schutzhaft. Weltmann versuchte den Süddeutschen Massoth für die »Nordfrage« zu interessieren, ausgehend von der Einschätzung, daß die zugespitzte Grenzland-Frage eine Initiative von schleswig-holsteinischen CDU-Politikern ausschloß. Der Weg zur Entspannung führt auch für die CDU über

Staats- und Außenminister Hans Christian Svane Hansen (Vorgänger Hans Christian Hedtoft-Hansen, seit 1946 auf das Hansen verzichtend, war am 29. Januar 1955 nur 51jährig in einem Stockholmer Hotelbett tot augefunden worden) unterstützt vom norwegischen Außenminister Halvard Lange erklärt, es falle Dänemark schwer, eine deutsche NATO-Mitgliedschaft zu unterstützen, solange die Südschleswig-Frage nicht geklärt sei. Zuvor hatte das Folkinge (auf Drängen der nordschleswigschen Venstre-Abgeordneten

von Hassel für eine Lösung einsetzen.

In der nüchternen Sprache eines amtlichen Protokolls hieß es: »15.15 Uhr. Sitzung des NATO-Rats unter Hinzuziehung von deutschen Beobachtern. Einstimmiger Beschuß, die Bundesrepublik in die NATO einzuladen. Der Beschuß ist in den einzelnen Mitgliedsstaaten ratifizierungsbedürftig.«

Adenauer dazu in seinen Erinnerungen: »Die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, die Aufnahme des früheren Feindstaates in diese größte Verteidigungs-

Vermittler (»udsending«) nach Kopenhagen gekommen und habe mehrere Vorschläge zu einer Lösung mitgebracht – u.a. auch die Idee zweier einseitiger, unabhängiger Erklärungen über die Minderheiten-Rechte; das Ei des Kolumbus! Der spätere parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion starb 51jährig 1971 in Flensburg.

Bonn und Kopenhagen hatten gemeinsame außenpolitische Interessen: von Hassel hat zwar die völlige Einigkeit mit Adenauer unterstrichen, zugleich aber darauf hingewiesen, daß Bonn die Probleme »aus der Ferne nicht mit der Präzision und Tageschärfe wie wir hier sah«; gemeint war die starke dänische Kulturoffensive noch mit grenzrevisionistischen Elementen. Mit anderen Worten: Adenauer wollte um jeden Preis den NATO-Beitritt der Bundesrepublik, sie hatte entscheidende internationale Bedeutung für Adenauer zu einem Zeitpunkt, da das Verhältnis zu den anderen Nachbarn (Frankreich, Holland und Belgien) noch im argen lag. Eine deutsch-dänische Lösung bahnte deshalb nicht nur den Weg für die deutsche NATO-Mitgliedschaft, sondern brachte auch eine Aufwertung der Bundesrepublik gegenüber den anderen westlichen Ländern, konnte sie doch so beweisen, daß das neue Deutschland seine ehemaligen Gegner gut und demokratisch behandelt.

»Es fiel eine Apfelsine in den Turban von H. C. Hansen«, schrieb Paul Hammerich über die damalige Situation, in der sich das Gespann Hansen/Svenningsen als Glücksfall für Dänemark erwies. Svenningsen war während der Besetzungszeit nach dem 29. August 1943 als beamteter Leiter des Außenministeriums nicht unumstritten verantwortlich für die sog. Departementchef-Regierung, die mit Werner Best als Kriegsende verhandelt hatte. 1953 war die V-K-Regierung Erik Eriksen mit dem konservativen Außenminister Ole Bjørn Kraft zurückgetreten und durch eine sozialdemokratische Minderheits-Regierung abgelöst worden. Das Verhältnis zwischen Kraft und Svenningsen war belastet, weil Kraft September 1944 (vergleichbar) den Rücktritt der Departementchef-Regierung Svenningsen gefordert hatte. Hansen und Svenningsen waren sofort auf gleicher Wellenlänge. Dem Aristokraten Svenningsen impunierte der aus Århus stammende Typograph. Für Svenningsen war Hansen ein Mann der Realitäten und »der erste Sozialdemokrat, der sich international für Dänemark Geltung verschaffte«. Hansen – ausgezeichnet deutsch sprechend, er hatte wie Hedtoft an einem Halbjahreskurs der thüringischen Volkshochschule Tinz teilgenommen – wußte als neuer Chef einer sozialdemokratischen Minderheits-Regierung (seit dem 1. 2. 1955) um die innenpolitischen Gefahren: Hundertausende – unter ihnen viele ehemalige Widerstandskämpfer – demonstrierten auf dem Schloßplatz vor Christiansborg gegen die deutsche Wiederbewaffnung. Und die Freunde in der SPD waren wegen der Hoffnung auf Wiedervereinigung gegen die deutsche NATO-Mitgliedschaft. Am 15. Dezember hatte der SPD-Vorsitzende

Erich Ollenhauer in der Bundestagsdebatte erklärt: »Das Kernstück der Pariser Verträge bildet die Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Nordatlantikpakt«. Die SPD betonte immer wieder, »daß die Bundesrepublik nicht Mitglied der NATO werden dürfe, weil das eine Provokation für Rußland bedeute, weil Sowjetrußland dann niemals mit uns den anderen Mächten über die Wiedervereinigung verhandeln würde«.

In einer Resolution warfen dänische Werftarbeiter den führenden Sozialdemokraten u.a. vor, »in Dänemark raus zu kämpfen, um dem widerstrebenden westdeutschen Volk und seiner Jugend wieder Waffen in die Hände zu drücken«. Höchste Alarmstufe bei den dänischen Sozialdemokraten. SPD-Hauptvorstandsmittel Heinrich Albertz, damals niedersächsischer Sozialminister, später Regierender Bürgermeister von Berlin, fragte bei den dänischen Genossen an, ob er auf einer Kopenhagener Veranstaltung dänischer Freunde

## H. C. Hansen und die SPD

de gegen die deutsche Wiederbewaffnung sprechen dürfe. Der Generalsekretär der dänischen Sozialdemokratie, Oluf Carlsson, schickte ihm am 9. November 1954 folgendes Telegramm, das in »Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv« in Kopenhagen zu finden ist: »Wird abgeraten – stop – genannte Kreise sind verschiedener Art und werden gegen die Partei ausgenutzt.« Zwei Tage später fügte er brieflich hinzu:

»Wir wissen ja, daß die sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht alle einig sind auf dem Gebiet, worum es sich hier dreht. Die dänische Sozialdemokratie ist für den Atlantik-Pakt und für die Lösung betreffend Westdeutschland, die jetzt zustande zu kommen scheint.«

Gleichzeitig gab es sehr enge Kontakte zwischen H.C. Hansen und der schleswig-holsteinischen SPD; so hatte Kiels OB Andreas Gayk Hedtoft schon 1952 eine gemeinsame Erklärung beider Parteien (»Frieden und Freundschaft auch an der Grenze«) vorgeschlagen. Für die Kontakte sorgte der langjährige Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, Richard Hansen, der schon 1933 vor den Nazis nach Dänemark geflüchtet war und dort bis zur Besetzung enge Kontakte zur Sozialdemokratie knüpfte – zu Hedtoft und H. C. Hansen.

Dessen persönlichen Wunsch nach einem Treffen am 9. Februar 1955 in Kopenhagen lehnte H. C. Hansen ab; am 11. Februar schrieb Richard Hansen an Carlsson über die Motive der Kieler SPD: »Selbstverständlich handelt es sich um eine ganz vertrauliche Angelegenheit zwischen uns und Euch, damit wir bei der endgültigen Entscheidung über die Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag wissen, ob wir mit Euch in dieser Frage übereinstimmen.« Die dänischen Genossen wurden auch darüber aufgeklärt, daß Kai-Uwe von Hassel »nicht aus der anständigen Familie von Hassel stammt«.

H. C. Hansen wußte, daß der Beschuß über den deutschen NATO-Beitritt Einigkeit unter den Mitgliedsländern voraussetzte, weshalb Dänemarks Ratifizierung damals große Bedeu-



Zwei Staatsmänner im Gespräch: Konrad Adenauer mit H. C. Hansen am 29. 3. 1955 in Bonn

Südschleswig, vermerkte Massoth, der im Mai 1953 als erster deutscher Politiker in Kopenhagen sprach. Im »Academicum Catholicum« lautete sein Vortragstitel »Christentum und Politik«, doch das Interesse der Zuhörer galt der Südschleswig-Frage. Nun vermittelte Massoth ein Gespräch zwischen Weltmann und den CDU-Spitzen Heinrich von Brentano und Heinrich Krone, die eine Konferenz über das deutsch-dänische Verhältnis unterstützen – ebenso wie in Kopenhagen der konservative Folketingsabgeordnete Karl Bøgholm (1889-1976). Die Konferenz fand am 6. Juli 1954 in Bonn statt; Kanzler Adenauer, der 1951 in Bonn den dänischen Außenminister Ole Bjørn Kraft begrüßt hatte, war eingeweiht, nahm selbst nicht teil, empfing aber am Tage danach Massoth, Bøgholm und Weltmann. Teilnehmer an der Konferenz waren auf CDU-Seite u.a. der spätere Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (der über den Europarat Kontakte hatte zum Radikalen Hermod Lanning), von Brentano (der am 7. Juni 1955 Adenauer als Außenminister ablöste), der Flensburger Bundestagsabgeordnete Will Rasner und Massoth. Beobachter war u.a. auch Legationsrat Dr. Jansen aus dem Auswärtigen Amt.

Zwar gab es bereits seit 1949 die Kieler Erklärung zugunsten der dänischen Minderheit und das Kopenhagener Protokoll zugunsten der deutschen Minderheit, aber als am 12. September 1954 der SSW bei den Landtagswahlen mit 42.242 Stimmen an der Fünf-Prozent-Sperrklausel scheiterte, während Schmidt-Oxbüll mit 9.721 Stimmen dem Folkinge übertrug, gab es Protest-Stürme auf dänischer Seite. Just da fiel die Minderheiten-Frage nach oben – aufs internationale Parkett. Während einer NATO-Ratssitzung am Freitag, 22. Oktober 1954, in Paris hatte

## Dänisches Junktim

deutsche Seite Demokratie gegenüber der dänischen Minderheit praktiziert. Eine Art von Gegenseitigkeit, Junktim, zwischen Ja zur NATO und Rechten für die dänische Minderheit. Vor diesem Hintergrund kam es zum Pariser Korridorgespräch zwischen H. C. Hansen und Konrad Adenauer (1876-1967), der als Beobachter teilgenommen hatte. Adenauer äußerte Gesprächsbereitschaft in der Sperrklausel-Frage und erklärte anschließend vor Journalisten, er werde sich gemeinsam mit dem neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe

## Was geschah 1955 vor dem 29. März

Wirtschaftspolitisches Krisenpaket der Minderheits-Regierung H. C. Hansen wird mit 89:86 Stimmen verabschiedet - mit der Stimme des früheren Venstre-Finanzministers Thorkild Kristensen. Verbrauchsdämpfender Eingriff war notwendig geworden; für 1955 wurde nach schlechter Ernte 1954 ein Defizit von 500 Millionen Kronen in der Leistungsbilanz befürchtet.

Frau eines Polizeimeisters kam beim Haarewaschen durch Giftdämpfe ums Leben.

Meierei-Streik im ganzen Lande: 1.200 verweigern die Milchannahme.

Schwerer Wintersturm über Dänemark; Eisbrecher im Einsatz.

Parlamentarische Untersuchungskommission beendete ihre Arbeit; wegen des 9. April 1940 keine Reichsgerichtsanklage gegen einen dänischen Politiker.

tung hatte. Vor diesem Hintergrund hatte er am 9. Februar, also nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Staatsminister, Svenningsen ein Verhandlungsmandat, das einen Minderheitenvertrag ausschloß - aus Angst vor Einmischung in innere Angelegenheiten. Svenningsen hat »die glückliche deutsch-dänische Lösung als Ergebnis des persönlichen Einsatzes und klugen Mutes von Hansen« bezeichnet - »eines der bemerkenswertesten Ereignisse in dessen Zeit als Außenminister«. Dabei darf Svenningsens eigene Rolle nicht unterschätzt werden. Der spätere dänische Generalkonsul in Flensburg, Prof. Troels Fink, der an den Verhandlungen teilnahm, hat Svenningsens »überlegene Verhandlungsführung« in Kopenhagen gerühmt. Innerhalb von zwei Tagen standen die beiden Erklärungen in ihren Hauptzügen. Svenningsen kam dabei zugute, daß er, der ja mit der Besatzungsmacht um jedes (oft lebenswichtige) Komma hatte feilschen müssen, der deutschen Sprache so mächtig war, daß er, wenn die deutsche Delegationsmitglieder in der Übersetzung um ein geeignetes deutsches Wort rangen, ihnen zur Hilfe kam. Als man jedoch zu sehr ins Detail ging, soll Svenningsen laut Fink an den Grundsatz eines Prätors, eines hohen Justizbeamten im alten Rom, erinnert haben, wonach »Bagatellen nicht interessieren«.

So schnell und einfach, wie sich dies aus heutiger Sicht manchmal darstellt, ging es aber wahrlich nicht: die Verhandlungen begannen am 28. Februar in Kopenhagen - in der deutschen Delegation unter der Leitung von Botschafter a. D. W. Nöldeke vertrat der Leiter der Kieler Staatskanzlei, Dr. Kracht, die schleswig-holsteinische Landesregierung. Von Hassel hat sich nachdrücklich vor und hinter Kracht gestellt, doch als ehemaliger Nazi-Bürgermeister von Flensburg wurde seine Teilnahme auf dänischer Seite als »schwere Belastung« empfunden. Es gab zwar keinen Zusammenhang, aber die dänische Seite betrachtete als ganz besondere deutsche Geste, daß just in diesen Tagen der Bundeskanzler den ehemaligen Schiffahrtssachverständigen an der deutschen Gesandtschaft, Georg Ferdinand Duckwitz, als neuen deutschen Botschafter nach Kopenhagen schickte. Duckwitz wurde persönlich und herzlich von König Frederik IX.

in Empfang genommen; Duckwitz hatte einen guten Ruf wie kein anderer Deutscher: Schließlich war er es gewesen, der den dänischen Behörden (via Hedtoft und H. C. Hansen) die rechtzeitige Warnung vor der Juden-Aktion übermittelte und so im Oktober 1943 zur Rettung der meisten dänischen Juden beigetragen hatte. Duckwitz nahm zwar nicht selbst an den Verhandlungen teil, aber hinter den Kulissen spielte er eine bedeutende Rolle - nicht nur atmosphärisch, denn er hatte beste persönliche Kontakte zum Staats- und Außenminister.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte als »Schlüssel« (so von Has-

## 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

ungen, aber ohne sie - so das Kalkül in den Hauptstädten - sei eine Lösung wohl leichter erreichbar, eine Haltung, die in beiden Minderheiten auf Kritik stieß - aber hinter den Kulissen!

Das Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« bezeichnete das Ergebnis der Verhandlungen als dänischen 3:1-Sieg. Ob Sieg oder Unentschieden; nun ging es darum, die parlamentarischen Hürden zu nehmen - im Folketing um die Ratifizierung des Protokolls der Pariser Verträge und um den Beschuß, der vom Staats- und Außenminister abgegebenen Erklärung »über die allgemeinen Rechte für Personen, die zur deutschen Volksgruppe in Nordschleswig gehören«, zuzustimmen. Anti-deutsche Ressentiments spielten eine wichtige Rolle während der leidenschaftlich geführten Debatte, in der es oft zu heftigen Zusammenstößen zwischen H.

Krieg starten, wandte sich der Staats- und Außenminister: »Wer behauptet, daß ... dies nur ein Fetzen Papier ist wie der traurige deutsch-dänische Nichtangriffspakt vor dem Zweiten Weltkrieg, der begeht Unrecht, wenn er die heutigen Staatsmänner der Bundesrepublik mit denen des kriegswütigen Deutschlands identifiziert. Wir sollten nicht vergessen, was wir selbst erlebt haben, aber die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit ziehen. Für mich eine große Frage, ob wir es nicht versäumt haben, in den Jahren vor dem Krieg den demokratischen Kräften in Deutschland genügend Unterstützung zu geben, so daß man die extremistischen Kräfte hätte verhindern können, die aus der Machtübernahme der Nazis resultierten. Durch das Angebot einer weitgehenden Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und durch ihre Aufnahme als gleichbe-

sung als »innerlich überflüssig« ab - ebenso wie die vorgeschlagene Änderung des Paragraphen 4 im dänischen Schulgesetz vom 12. Juli 1946/7. Juni 1952, wonach den deutschen Privatschulen in Nordschleswig die Examensrechte zuerkannt werden sollten. Wütend verglich er den Empfang, den Bonn dem Staats- und Außenminister am 29. März bereitet hatte, obwohl nur ein Beamter des Bundesgrenzschutzes vor dem Kanzleramt H. C. Hansen salutiert hatte, mit dem Empfang, den Hitler 1941 dem damaligen Außenminister Erik Scavenus gegeben hatte, als dieser in Berlin für Dänemark den Antikomintern-Pakt unterschrieb.

Jørgen Gram: »Hoffe, daß sich der Geist, der Triebfeder der Bonn-Verhandlungen und der Erklärungen gewesen ist, nun in allen Beziehungen zwischen dem dänischen und dem deutschen

ist in der dänischen Bevölkerung tief verankert. Sie war nie und wird nie eine Handelsware. Der nationale und kulturelle Wettbewerb südlich und nördlich der Grenze geht weiter. Ich begrüße jeden Schritt auf dem Wege des Verständnisses mit Zuversicht, und ein solcher Schritt ist diese Lösung.«

H. C. Hansen sagte, »die Art und Weise, wie eine Minderheit behandelt wird, kann sehr wohl das Symbol,

### Don Juan Hansen und die Mutter Germania

der künftigen Zusammenarbeit in der NATO sein.« So-wohl die dänische Regierung als auch Bonn - im Einvernehmen mit der Landesregierung - haben mit den Erklärungen ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß alle in Frage kommenden Instanzen sich bestreben werden, die Rechte der Minderheiten zu achten und zu schützen. Die Regierung hofft, und glaubt, daß es ohne Kleinlichkeit gelingt, die Prinzipien im täglichen Leben des Grenzlandes zu verwirklichen, so daß die Minderheiten künftig beide Länder näher bringen werden und durch einen friedlichen Wettbewerb dazu beitragen, das Verständnis und den Respekt für beide Nationen und für ihre kulturellen Eigenarten zu vertiefen. Worauf es jetzt ankommt, ist die Durchführung dieser Grundsätze im Alltag. Mit anderen Worten: die richtige Gesinnung und den guten Willen der Behörden, nicht zuletzt bei den lokalen Behörden.«

Bei einem Heimatfest in Hjørring war H. C. Hansen als Don Juan in Mozarts Oper eingesprungen und hatte ein bravuröses Duett mit einer königlichen Opernsängerin gesungen, worauf er in der kommunistischen Tageszeitung »Land og Folk« in einer Karikatur als »Don Juan in den Klauen der Mutter Germania« dargestellt wurde, doch er hatte auf der ganzen Linie gesiegt und hohe dänische Staatsmanns-Kunst bewiesen.

Am 19. April 1955 wurde der deutsche NATO-Beitritt in zweiter und dritter Lesung mit 145:24-Stimmen ratifiziert. Dafür votierten Sozialdemokraten, Venstre, Konservative und Schmidt-Oxbüll, während Radikale und Kommunisten gemeinsam mit einigen Abgeordneten der Rechtsstaatspartei (in dieser Frage geteilt) dagegen stimmten. Ein Änderungsvorschlag des Radikalen Jørgen Jørgensen, Lejre, die Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung klären zu lassen, wurde mit 135:28-Stimmen verworfen. Die Kopenhagener Minderheitenklärung wurde am gleichen Tag in zweiter und dritter Lesung mit 156:9-Stimmen verabschiedet - also mit mehr Stimmen als für die deutsche NATO-Mitgliedschaft. Die Gegenstimmen kamen von den acht Kommunisten und der Radikalen Refslund-Thomsen. Ein Konservativer und zwei Radikale enthielten sich der Stimme. Aksel Larsen hatte noch versucht, in letzter Minute durch einen Änderungsantrag eine Entscheidung zu verhindern, was H. C. Hansen dankte Schmidt-Oxbüll für »seine besonnene Rede«. Ausgerechnet die Abgeordnete der Radikalen Venstre, Ingeborg Refslund-Thomsen, Tochter des berühmten Dänen-Führers H. P. Hansen, der 1920 eine dänische Abenteuerpolitik in der Flensburg-Frage verhindert hatte, und Ehefrau des gerade nach 1945 sich so liberal gegenüber der deutschen Minderheit verhaltenden Apenrader Amtmannes war, kritisierte die Examensrechte. Sie befürchtete, daß diese eine Befreiung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage

rechtfertigen. Der Konservative Bøgholm: »Wir haben mit Zufriedenheit neue Töne aus der deutschen Minderheit vernommen. Die Erklärungen sind als eine ausgestreckte Hand zu betrachten.« Der deutsche Folkeparteipolitiker Hans Schmidt-Oxbüll betonte, erst die Fortschritte im Grenzland hätten die Gespräche zwischen den Regierungen ermöglicht. Er gab den Erklärungen seine »unvorhaltene Zustimmung« unter Hinweis auf die europäische Menschenrechtskonvention und sagte, daß die bisherige Verweigerung von Examensrechten für die deutschen Privatschulen die Verhinderung eines »kontinuierlichen Unterrichts« dargestellt hätte. Schmidt-Oxbüll bedauerte, daß der Grenzlandausschuß nicht realisiert werden konnte, stellte aber abschließend fest, »daß nun ein glücklicher Status für beide Minderheiten zustande gebracht worden ist.« H. C. Hansen dankte Schmidt-Oxbüll für »seine besonnene Rede«. Ausgerechnet die Abgeordnete der Radikalen Venstre, Ingeborg Refslund-Thomsen, Tochter des berühmten Dänen-Führers H. P. Hansen, der 1920 eine dänische Abenteuerpolitik in der Flensburg-Frage verhindert hatte, und Ehefrau des gerade nach 1945 sich so liberal gegenüber der deutschen Minderheit verhaltenden Apenrader Amtmannes war, kritisierte die Examensrechte. Sie befürchtete, daß diese eine Befreiung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage

veröffentlicht: »Die Regierung der Sowjetunion erachtet es als notwendig, erneut die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Pariser Abkommen, welche die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen, zu einer ernsthaften Komplikierung der gesamten Lage in Europa führen.« Und: »... Nordatlantikblock aggressive Gruppierung... eine Handlung, die zur Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.« Die Minderheitenklärungen waren nach Ansicht von Kommunisten-Führer Aksel Larsen (seine Frau stammte von der Insel Als) nur ein Versuch der Regierung, »sich bestmöglich Bedingungen für die Ratifizierung des deutschen NATO-Beitritts zu verschaffen.« Die Erklärungen für die deutsche Minderheit besorgten sind, daß diese eine Basis werden kann als Ausgangspunkt eines deutschen Vorstoßes gen Norden. Ich teile diese Auffassung nicht. Die nationale Überzeugung lehnte Larsen bei der 1. Lesung als »innerlich überflüssig« ab - ebenso wie die vorgeschlagene Änderung des Paragraphen 4 im dänischen Schulgesetz vom 12. Juli 1946/7. Juni 1952, wonach den deutschen Privatschulen in Nordschleswig die Examensrechte zuerkannt werden sollten. Wütend verglich er den Empfang, den Bonn dem Staats- und Außenminister am 29. März bereitet hatte, obwohl nur ein Beamter des Bundesgrenzschutzes vor dem Kanzleramt H. C. Hansen salutiert hatte, mit dem Empfang, den Hitler 1941 dem damaligen Außenminister Erik Scavenus gegeben hatte, als dieser in Berlin für Dänemark den Antikomintern-Pakt unterschrieb.

Die Angst vor dem neuen Deutschen Gymnasium

veröffentlicht: »Die Regierung der Sowjetunion erachtet es als notwendig, erneut die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Pariser Abkommen, welche die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen, zu einer ernsthaften Komplikierung der gesamten Lage in Europa führen.« Und: »... Nordatlantikblock aggressive Gruppierung... eine Handlung, die zur Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.« Die Minderheitenklärungen waren nach Ansicht von Kommunisten-Führer Aksel Larsen (seine Frau stammte von der Insel Als) nur ein Versuch der Regierung, »sich bestmöglich Bedingungen für die Ratifizierung des deutschen NATO-Beitritts zu verschaffen.« Die Erklärungen für die deutsche Minderheit besorgten sind, daß diese eine Basis werden kann als Ausgangspunkt eines deutschen Vorstoßes gen Norden. Ich teile diese Auffassung nicht. Die nationale Überzeugung lehnte Larsen bei der 1. Lesung als »innerlich überflüssig« ab - ebenso wie die vorgeschlagene Änderung des Paragraphen 4 im dänischen Schulgesetz vom 12. Juli 1946/7. Juni 1952, wonach den deutschen Privatschulen in Nordschleswig die Examensrechte zuerkannt werden sollten. Wütend verglich er den Empfang, den Bonn dem Staats- und Außenminister am 29. März bereitet hatte, obwohl nur ein Beamter des Bundesgrenzschutzes vor dem Kanzleramt H. C. Hansen salutiert hatte, mit dem Empfang, den Hitler 1941 dem damaligen Außenminister Erik Scavenus gegeben hatte, als dieser in Berlin für Dänemark den Antikomintern-Pakt unterschrieb.

Welt sind nun formell besiegt.« Die angekündigte (und am 23. Mai erfolgte) Kieler Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel für die dänische Minderheit nannte er »ein ermutigendes Beispiel für den Geist gegenseitigen guten Willens und Vertrauens, in dem wir heute einen historischen Meilenstein auf dem Wege zu größerer Sicherheit passieren.« Die Erklärung »der Regierung der Bundesrepublik über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit« wurde erst am 6. Juli 1955 vom Deutschen Bundestag verabschiedet - aber einstimmig! Staatssekretär Dr. Hallstein sagte als Vertreter des Außenministers: »Die Bundesregierung ist sich darüber im klaren, daß das Ergebnis noch nicht die Lösung sämtlicher Minderheitenprobleme bedeutet. Sie ist aber davon überzeugt, daß die in wesentlichen Fragen der Minderheiten erzielte Übereinstimmung die Verhältnisse südlich und nördlich der Grenze im Sinne des Ausgleichs und der Verständigung günstig beeinflussen wird. Ich bitte das Hohe Haus, die Erklärung der Bundesregierung zu billigen.« Beifall der Regierungsparteien; das Protokoll vermerkt aber folgenden Zwischenruf des SPD-Abgeordneten Herbert Wehner am Ende der Hallstein-Rede: »Und dem Geiste nach durchzuführen.«

Bei einem Heimatfest in Hjørring war H. C. Hansen als Don Juan in Mozarts Oper eingesprungen und hatte ein bravuröses Duett mit einer königlichen Opernsängerin gesungen, worauf er in der kommunistischen Tageszeitung »Land og Folk« in einer Karikatur als »Don Juan in den Klauen der Mutter Germania« dargestellt wurde, doch er hatte auf der ganzen Linie gesiegt und hohe dänische Staatsmanns-Kunst bewiesen.

Mit fast prophetischer Gabe sah Hansen, der erst 1958 das Amt des Außenministers an J. O. Krag abgab, 1960 nur 51jährig starb, aber als einer der großen sozialdemokratischen Führer in die dänische Geschichte eingegangen ist, bei der Folkeparteisitzung über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen: »Was erreicht worden ist, das ist ja keine vollständige und durchgreifende Lösung aller Probleme des Grenzlandes. Wir sind uns aber darüber einig, daß wir ein Stück praktischer europäischer Verständigungspolitik geleistet haben.«

Dies ist heute von allen Seiten anerkannt. Der konservative Staatsminister Poul Schlüter erklärte am 10. August 1990 in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage des sozialdemokratischen Folkeparteipolitikers Svend Taanquist, Norburg, der wissen wollte, ob die europäische Entwicklung und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten Konsequenzen für die dänische Minderheit und für die deutsche Volksgruppe haben könne, u.a. »Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Artikels 23 im Bonner Grundgesetz bedeutet, daß die bisherigen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik bestehen bleiben. Die Bundesregierung hat zum Ausdruck gebracht, daß man mit der Bonner Erklärung eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen ist, die vom Bundestag bestätigt worden ist, und die nur nach Absprache mit Dänemark geändert oder aufgehoben werden kann. Der völkerrechtliche Status der Bonn-Kopenhagener Erklärungen hat sich durch die deutsche Wiedervereinigung nicht geändert.«

S. MATLOK



Späteres Treffen (1958) zwischen H. C. Hansen und den SPD-Führern Ollenhauer und Willy Brandt, der als Bundeskanzler in seinen Erinnerungen berichtet, daß noch Hansen-Vorgänger Hedtoft nach 1945 mit dem Gedanken liebäugelte, Flensburg in Dänemark einzugliedern. Es gab heftigen Streit um die Flensburger SPD. FOTO: Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv.

C. Hansen und Kommunistenführer Aksel Larsen kam, der selbst längere Zeit in einem deutschen Konzentrationslager saß und dort schwer mißhandelt worden war. Larsen war damals Moskau-treues Sprachrohr und wußte um die innerparteilichen Probleme der Sozialdemokraten. Am 1. April 1955 waren nur 25 Prozent der sozialdemokratischen Wähler für die deutsche NATO-Mitgliedschaft, der Rest dagegen. In der Gesamtbevölkerung gab es mit 37,29-Prozent eine Mehrheit gegen die deutsche Wiederbewaffnung. Der noch heute lebende sozialdemokratische Folkeparteipolitiker Frode Jakobsen war eine wichtige Stütze für H. C. Hansen. Jakobsen war einer der führenden Mitglieder der Widerstandsbewegung und nach 1945 Minister in der Befreiungs-Regierung. In der 1. Lesung wandte er sich »gegen den schlimmen Mißbrauch meiner toten Kameraden, die im Kampf für die Freiheit gefallen sind.« Jakobsen begründete sein Ja zur deutschen NATO-Mitgliedschaft mit diesen denkwürdigen Worten: »Ich habe selbst in den dunkelsten Stunden der deutschen Besetzung meines Landes nie gefühlt, daß wir gegen Deutschland kämpften. Unsere richtige Perspektive war, daß der Kampf gegen Hitler auch ein Kampf für die Befreiung Deutschlands war.«

»Entspannung sei nur über eine deutsche Wiedervereinigung in Freiheit möglich«, so Jakobsen 1955! Der nordschleswigsche Venstre-Abgeordnete Jørgen Gram war für die Annahme, befürchtete aber, daß ungeachtet des eifrig westeuropäisch eingestellten deutschen Kanzlers »es keine Beweise dafür gibt, daß sich die Psyche des deutschen Volkes und die deutsche Verwaltung von gestern wesentlich verändert haben«. Gegen Aksel Larsens Behauptung, eine wiederbewaffnete Bundesrepublik werde bald einen neuen

Volk durchsetzen. Der Konservative Bøgholm: »Wir haben mit Zufriedenheit neue Töne aus der deutschen Minderheit vernommen. Die Erklärungen sind als eine ausgestreckte Hand zu betrachten.« Der deutsche Folkeparteipolitiker Hans Schmidt-Oxbüll betonte, erst die Fortschritte im Grenzland hätten die Gespräche zwischen den Regierungen ermöglicht. Er gab den Erklärungen seine »unvorhaltene Zustimmung« unter Hinweis auf die europäische Menschenrechtskonvention und sagte, daß die bisherige Verweigerung von Examensrechten für die deutschen Privatschulen die Verhinderung eines »kontinuierlichen Unterrichts« dargestellt hätte. Schmidt-Oxbüll bedauerte, daß der Grenzlandausschuß nicht realisiert werden konnte, stellte aber abschließend fest, »daß nun ein glücklicher Status für beide Minderheiten zustande gebracht worden ist.« H. C. Hansen dankte Schmidt-Oxbüll für »seine besonnene Rede«. Ausgerechnet die Abgeordnete der Radikalen Venstre, Ingeborg Refslund-Thomsen, Tochter des berühmten Dänen-Führers H. P. Hansen, der 1920 eine dänische Abenteuerpolitik in der Flensburg-Frage verhindert hatte, und Ehefrau des gerade nach 1945 sich so liberal gegenüber der deutschen Minderheit verhaltenden Apenrader Amtmannes war, kritisierte die Examensrechte. Sie befürchtete, daß diese eine Befreiung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage

veröffentlicht: »Die Regierung der Sowjetunion erachtet es als notwendig, erneut die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Pariser Abkommen, welche die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen, zu einer ernsthaften Komplikierung der gesamten Lage in Europa führen.« Und: »... Nordatlantikblock aggressive Gruppierung... eine Handlung, die zur Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.« Die Minderheitenklärungen waren nach Ansicht von Kommunisten-Führer Aksel Larsen (seine Frau stammte von der Insel Als) nur ein Versuch der Regierung, »sich bestmöglich Bedingungen für die Ratifizierung des deutschen NATO-Beitritts zu verschaffen.« Die Erklärungen für die deutsche Minderheit besorgten sind, daß diese eine Basis werden kann als Ausgangspunkt eines deutschen Vorstoßes gen Norden. Ich teile diese Auffassung nicht. Die nationale Überzeugung lehnte Larsen bei der 1. Lesung als »innerlich überflüssig« ab - ebenso wie die vorgeschlagene Änderung des Paragraphen 4 im dänischen Schulgesetz vom 12. Juli 1946/7. Juni 1952, wonach den deutschen Privatschulen in Nordschleswig die Examensrechte zuerkannt werden sollten. Wütend verglich er den Empfang, den Bonn dem Staats- und Außenminister am 29. März bereitet hatte, obwohl nur ein Beamter des Bundesgrenzschutzes vor dem Kanzleramt H. C. Hansen salutiert hatte, mit dem Empfang, den Hitler 1941 dem damaligen Außenminister Erik Scavenus gegeben hatte, als dieser in Berlin für Dänemark den Antikomintern-Pakt unterschrieb.

## 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

# Schweigsam wie Graf Moltke – ein düsterer Beginn

Wie die Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 in Kopenhagen abließen / Auszug aus dem Buch »Disteln am Wege« von Ernst Siegfried Hansen

Der Zufall, daß der alte deutsche Botschafter Dr. Wilhelm Nöldeke an der Jahreswende 1954/55 Kopenhagen verließ und der neue sein Beglaubigungsschreiben erst am 28. Februar 1955 überreichen konnte, führte zu dem schwierigen Auftrag an den Geschäftsträger, die heraufziehenden deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen diplomatisch vorzubereiten. Geschäftsträger war Botschaftsrat Dr. Carl von Holten. Einer alten Hamburger Familie entstammend, deren Verzweigungen aus der Gesamtstaatsperiode nach Dänemark hineinreichen, hatte von Holten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme seine Laufbahn als Diplomat für 13 Jahre unterbrechen müssen, eine Zeit, die er in Schweden verbracht hatte. Eine tiefgehende Kenntnis nordischer Atmosphäre und Mentalität, Gewandtheit im Gebrauch der Sprache des Landes, eine konzessionslose Objektivität in der Beurteilung von Menschen und Dingen, nicht am wenigsten schließlich seine gesellschaftliche Stellung in der dänischen Hauptstadt schufen die besten Voraussetzungen für die Erfüllung des Auftrages. (...)

Konnte das Gespräch auf ein Abkommen abzielen? Die dänische Publizistik hielt unerschütterlich an dem Standpunkt fest, daß ein Abkommen nicht in Frage kommen könne. Im Anschluß an die Regierungserklärung Kai-Uwe von Hassels am 8. November 1954 hatte Präsident a. D. Holger Andersen, Vorsitzender des dänischen Grenzvereins, diesen Standpunkt dahin präzisiert, seit den vergeblichen Verhandlungen des Kabinetts Frijs-Frijsenborg mit Bismarck 1867/68 über die Durchführung des Artikels V des Prager Friedens sei es «ein fundamentales Prinzip» der dänischen Außenpolitik, sich nicht auf Verhandlungen über ein zwischenstaatliches Abkommen einzulassen, das einer deutschen Regierung vertragliche Möglichkeiten geben könne, sich in inner-dänische Angelegenheiten einzumischen. Alle deutschen Gegenargumente, die seit Jahr und Tag vorgebracht wurden, waren also abgeprallt. (...)

Am 11. November 1954 erhob Hassel in einer Stellungnahme zu den ablehnenden dänischen Stimmen der Deutschen Presse-Agentur gegenüber die Frage, was seine Regierungserklärung denn zu dieser Frage beinhaltete. Sie bemüht sich um den Nachweis, daß die Fünf-Prozent-Klausel nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit einer Reihe ungeklärter Fragen betrachtet werden könne. Aus der Erklärung im Ministerrat der NATO müsse man schließen, daß auch Dänemark eine Vereinbarung wünsche. (...)

Ein Minderheitenabkommen wurde von Dänemark grundsätzlich abgelehnt, war aber andererseits für Schleswig-Holstein keine conditio ne sine qua non, vorausgesetzt, daß es zu einer anderweitigen umfassenden Regelung komme. (...)

Man wird hier einschalten müssen, daß es ein Leichtes gewesen wäre, die von dänischer Seite erhobene Forderung nach Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel nicht einmal, sondern mehrfach aufzuwiegeln, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die Umstände der Rechtsabrechnung und deren immer noch wirksame Folgen zum Gegenstand der offiziellen

Erörterung bei den erwarteten deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen zu machen.

Dänemark betrachtet diese Fragen jedoch als Glied eines innerdänischen Vorganges, der mit dem Status der deutschen Nordschleswiger als nationale Minderheit nichts zu tun hat, und beruft sich dabei auf die Tatsache, daß im Rahmen der Rechtsabrechnung nur für das ganze Land geltende Gesetze erlassen worden sind. Ohne «unter der Hand» die Überzeugung gewonnen zu haben, daß diese Auffassung von deutscher Seite bei Minderheitenverhandlungen respektiert werden würde, hätte Dänemark sich schwerlich auf ein zwischenstaatliches Gespräch eingelassen.

Die »Unter-der-Hand«-Klärung dieser Angelegenheit dürfte vorwiegend durch die Kontakte des Flensburger Bundestagsabgeordneten und Geschäftsführers der CDU-Bundestagsfraktion Will Rasner erfolgt sein. (...)

Wenn also der Rechtsabrechnungskomplex ausgeklammert werden mußte, so gab es dennoch nördlich der Grenze eine Klauselfrage in Schleswig-Holstein aufwiegende Sperrbestimmung: Die gegen die deutsche Minderheit in Nordschleswig gerichtete Examensklausel. Es ist noch sehr die Frage, was für eine nationale Minderheit, auf lange Sicht gesehen, lebenswichtiger ist, der Zugang zu einer parlamentarischen Vertretung oder die Möglichkeit der Durchführung eines kontinuierlichen Anerkennung dieser Grenze mit Deutschland gewesen war. Die Umkehrung der volklichen und kulturellen Offensiv-Richtung kommt darin zum Ausdruck. Wie es aber in der Zwischenkriegszeit aus stimmungsmäßigen Gründen in Berlin nicht ratsam erschien war, diesen Schritt in aller Form zu tun, so jetzt in Kopenhagen. Was nicht ausschließt, daß weder in der einen noch in der anderen Hauptstadt an einer Antastung der Grenze zu denken war und ist. (...)

Von deutscher Seite konnte es sich nur prinzipiell um die Aufhebung der Examensklausel handeln, gleichgültig, ob für die Mittelschulexamen, mittlere Reife oder Abitur, und ohne Hinblick darauf, ob das deutsche Schulwesen in Nordschleswig für den Augenblick mehr in Anspruch nahm, als das Examensrecht für Mittelschulen.

So etwa stellte die Lage sich, von Kopenhagen gesehen, in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 dar. Abgesehen von der maßgeblichen Beteiligung der liberalen Venstre-Partei an der Entwicklung, die zur Folge gehabt hatte, daß die Problematik auf zwischenstaatliche Ebene hinaufgehoben worden war, konnte man aber ein starkes konservatives Drängen auf die Kontaktaufnahme mit Bonn beobachten. (...)

Es gelang Rasner, einen Faden von führenden CDU-Politikern in Bonn über den Folketingsabgeordneten Karl Bøgholm zu führenden konservativen Politikern in Kopenhagen zu ziehen, was sich auch darin ausdrückte, daß er in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 selbst eine Reise nach Kopenhagen unternahm. Das Neue daran war die Verbindung zwischen zwei bürgerlichen Parteien, denn daß die beiden sozialdemokratischen Parteien enge Verbindungen miteinander unterhalten, ist nicht neu.

Noch wichtiger aber dürfte die durch Rasner stark beeinflußte Klärung gewisser Begriffe auf inoffizieller Grundlage gewesen sein. Es handelt sich hier um das Verhältnis des deutschen Wunsches nach einer ausdrücklichen Anerkennung der



Will Rasner,  
Flensburg, ab 1953 CDU-  
Bundestagsabgeordneter; von  
1955 bis zum Tod 1971 Par-  
lamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag



Ernst Siegfried Hansen,  
November 1945 bis Juni 1953  
Chefredakteur des NORD-  
SCHLESWIGERS; danach  
bis zum Tod 1980 Korre-  
spondent der Deutschen Pres-  
se-Agentur in Kopenhagen

Grenze zu dem Festhalten Dänemarks an seiner eigenen Auslegung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts.

Deutschland mußte an der ausdrücklichen Anerkennung der deutsch-dänischen Grenze von 1920 durch Dänemark genau so interessiert sein, wie Dänemark in der Zwischenkriegszeit an der ausdrücklichen Anerkennung dieser Grenze mit Deutschland gewesen war. Die Umkehrung der volklichen und kulturellen Offensiv-Richtung kommt darin zum Ausdruck. Wie es aber in der Zwischenkriegszeit aus stimmungsmäßigen Gründen in Berlin nicht ratsam erschien war, diesen Schritt in aller Form zu tun, so jetzt in Kopenhagen. Was nicht ausschließt, daß weder in der einen noch in der anderen Hauptstadt an einer Antastung der Grenze zu denken war und ist. (...)

Von deutscher Seite konnte es sich nur prinzipiell um die Aufhebung der Examensklausel handeln, gleichgültig, ob für die Mittelschulexamen, mittlere Reife oder Abitur, und ohne Hinblick darauf, ob das deutsche Schulwesen in Nordschleswig für den Augenblick mehr in Anspruch nahm, als das Examensrecht für Mittelschulen.

In dem Bestreben, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark weiter zu vertiefen, hält die Bundesregierung solche Verhandlungen für nützlich und würde es besonders begrüßen, wenn sie bereits in naher Zukunft aufgenommen werden könnten. (...)

Die dänische Antwortnote enthielt nur einen allgemeinen Hinweis auf die »wohlbekannten grundsätzlichen Gesichtspunkte«. H. C. Hansen ließ am 8. Februar 1955 – nach einstimmigem Beschuß im Außenpolitischen Ausschuß – Botschaftsrat Dr. von Holten zu sich rufen und überreichte ihm die Note, die folgenden Wortlaut hatte:

»Die Bundesregierung hat die Auswirkungen des Landeswahlgesetzes in Schleswig-Holstein aufmerksam verfolgt. Anlässlich der Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD betr. Nationales Minderheitenrecht hat sie in der 58. Sitzung des Deutschen Bundestags am 8. Dezember 1954 den Wunsch ausgesprochen, daß es der Landesregierung von Schles-

obengenannten politischen Parteien tritt die Königlich Dänische Regierung dem Vorschlag der Bundesregierung unter Bezugnahme auf die oben erwähnten grundsätzlichen Gesichtspunkte bei.

Indem hinzugefügt wird, daß die Königlich Dänische Regierung auch ihrerseits bemüht bleibt, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu fördern, erklärt sie sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden.«

Damit waren die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen eine beschlossene Sache, und die beiden Regierungen benannten folgende Delegationen:

Deutsche Delegation:  
Dr. Wilhelm Nöldeke, Botschafter a. D., Vorsitzender, Bonn; Dr. Ernst Kracht, Ministerialdirektor, Kiel; Dr. Josef Mühlhöver, Vortragender Legationsrat, Bonn; Dr. Wilhelm Holz, Referent im Auswärtigen Amt, Bonn.

Dänische Delegation:  
Nils Svennsgen, Botschafter, Direktor des dänischen Außenministeriums, Kopenhagen; Frants Hvass, Botschafter, Bonn; Hans Jacob Hansen, Ministerialdirektor, Kopenhagen; Prof. Dr. Troels Fink, Berater des dänischen Außenministeriums für schleswigsche Angelegenheiten, Århus; John Knox, Legationsrat, Kopenhagen; Ole Bjerring, Sekretär im dänischen Außenministerium, Kopenhagen. (...)

Die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen begannen am 28. Februar 1955 in Kopenhagen hinter den verschlossenen Türen des dänischen Außenministeriums. Die erste Sitzung am Vormittag dauerte nur zwei Stunden.

15 Minuten später fuhr bei strahlender Wintersonne eine Staatskarosse vor der Deutschen Botschaft in der Bredgade vor. Livrierte Diner in roten Mänteln öffneten die Tür der mit vier Pferden bespannten Staatskarosse und verneigten sich vor dem neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Georg Ferdinand Duckwitz. Vor dem Repräsentationsflügel des Schlosses Christiansborg rührte die Königliche Leibgarde die Trommel, als der Botschafter eintraf, um sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. (...)

Der Optimismus freilich, der sich an dem schönen Wintertag bei Beginn der Minderheitenverhandlungen und bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens breit machen wollte, schien sich hinter der gepolsterten Ausschuß in Christiansborg nicht zu rechtfertigen. Vielleicht hatte man sich auf dänischer Seite – trotz der andersartigen Aussage der Vorgeschichte – allzu sehr darauf eingestellt, eine Reihe von konkreten Fragen wenn auch zu beiden Seiten der Grenze, auszuhandeln? Darauf schien es hinzudeuten, daß die dänische Hauptstadt am Morgen nach dem Beginn der Verhandlungen einhellig meldete, diese würden voraussichtlich «heute» zum Abschluß kommen. Und die dänischen Presseleute sahen eine Bestätigung darin, daß auch das offizielle Essen des Staats- und Außenministers für den Abend des zweiten Verhandlungstages angesetzt war.

Was aber hätte ein Ergebnis genutzt, das zwar zu einer

Bereinigung der Wahlklausel einerseits und der Examensklausel andererseits führte, aber die grundsätzlichen deutschen Anliegen unberücksichtigt ließ und deshalb zumindest in Schleswig-Holstein auf steifen politischen Gegenwind gestoßen be-

bracht, und mehr als einer der nordschleswigschen Parlamentarier verpaßte aus diesem Grunde den Blitzzug ab Kopenhagen um 17.10 Uhr, der eine reiche Fracht munterer Politiker nach Jütland zu bringen pflegt.

In Wirklichkeit stand das günstige Ergebnis der Minderheitenverhandlung zu diesem Zeitpunkt bereits fest. Das offizielle deutsche Essen am Abend des 4. März, die abschließende Sitzung am Vormittag des 5. März zur Formulierung der Presseverlautbarung und ein Drink um die Mittagszeit zum Abschied waren lediglich ein freundliches Nachspiel. »Es ist eine große Sache für den europäischen Gedanken«, erklärte H. C. Hansen am Tage nach dem Abschluß in Århus, »daß wir, uns haben treffen und durch Verhandlungen ein Ergebnis haben erzielen können. (...)

Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen am 28. Februar, 1. März und 2. März 1955 an der Klappe scheiterten, daß die dänische Delegation sich nicht vorstellen konnte, über die Regelung konkreter Fragen hinauszugehen und der Abgabe paralleler Grundsatzklärungen zuzustimmen. Die deutsche Delegation – ein gut zusammenarbeitendes Team – hielt jedoch daran fest. Aber es erforderte unter den obwaltenden Umständen eine bewundernswerte Festigkeit. Es lag in der Natur der Sache, daß Ministerialdirektor Dr. Dr. Kracht, der die Interessen Schleswig-Holsteins vertrat, als der Mann dastand, der den Schwarzen Peter unter keinen Umständen annehmen wollte, und das Spiel machte keinem der Beteiligten Freude.

Die deutschen Delegierten wohnten im Hotel Codan. Sie standen dem Grafen Moltke an Schweigsamkeit nicht nach, aber ihre Gesichtszüge waren düster, und sie saßen dauernd in Beratungen. (...) Am 3. März aber ergab sich eine deutliche Wandlung, und am 4. März begrüßte mich Botschafter a. D. Dr. Nöldeke in der Hotelhalle mit dem heiteren Ausdruf: »Sie sehen es unseren Gesichtern an, wie es steht!«

Ging man der Frage nach, wodurch diese Wandlung, die sich nur auf die parallelen Grundsatzklärungen beziehen konnte, eingetreten sein mochte, so kam man zu folgendem Schluß: Am Nachmittag des 3. März hatte Staats- und Außenminister Julius Bomholt im Folketing ein Gesetz ein, durch das § 4 des Schulgesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946 und des Änderungsgesetzes Nr. 214 vom 7. Juni 1952 aufgehoben werden sollte. Das Gesetz wurde am 16. Mai 1955 mit 154 gegen sieben bei einer Stimmabstimmung des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 23. März 1955 wurde die dänische Minderheit von der Anwendung der fünf-Prozent-Klausel in § 3 des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes ausgenommen. (...)

3. Am 1. April 1955 brachte der dänische Unterrichtsminister Julius Bomholt im Folketing ein Gesetz ein, durch das § 4 des Schulgesetzes

1946 und des Änderungsgesetzes 1952 aufgehoben werden sollte. Das Gesetz wurde am 16. Mai 1955 mit 154 gegen sieben bei einer Stimmabstimmung des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 23. März 1955 wurde die dänische Minderheit von der Anwendung der fünf-Prozent-Klausel in § 3 des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes ausgenommen. (...)

Die Tatsache, daß vieles noch in der Schweige blieb, ändert nichts an der grundlegenden Bedeutung der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen. Sie schlossen die Periode deutsch-dänischer Beziehungen ab, die am 9. April 1940 begonnen hatte.

Der Schlußstrich wurde am 29. März 1955 in Bonn gezogen. Der deutsche Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und der dänische Staats- und Außenminister H. C. Hansen unterzeichneten in Gegenwart des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel die Grundsatzklärungen, die in die Geschichte eingehen werden. (...)

Sie schufen den gleichen rechtlichen Status für beide Minderheiten, die für die Landesregierung eine Voraussetzung gewesen war.

## 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

# »Diese großzügigen Regelungen können in ihren Kernüberlegungen überall übernommen werden«

NORDSCHLESWIGER-Interview mit Kai-Uwe von Hassel über die Intentionen seiner Landesregierung zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 und damalige Gegner in der eigenen Partei, die Sperrklauselfrage als Faustpfand, eine Überraschung sowie die Frage von Minderheitenrechten für Wanderarbeiter in Deutschland

**NORDSCHLESWIGER:** Herr von Hassel, 1995 ist ein Jahr mehrere Jubiläen. Drogen dabei die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 und ihre Bedeutung unter vielem anderen an die Seite gerückt zu werden?

**KAI-UWE VON HASSEL:** Die Schleswig-Holsteiner erinnern sich genau dieses Tages vor 40 Jahren durch den Staatsakt der Landesregierung am 29. März in Schleswig, am Jahrestag der Unterzeichnung. Und auch die Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel hat diesmal wie vor 25 Jahren bereits alle, die damals beteiligt waren, eingeladen: deutsche und dänische Mehr- und Minderheiten.

Der damalige Regierungschef in Kiel 1955, der bei diesen Verhandlungen praktisch die Federführung in der Hand hatte, weil es von uns abhing, ob es gelingt oder nicht gelingt, eine wirklich gute Lösung zu erreichen, und Vorsitzender der damals stärksten Regierungspartei, der CDU – also von Hassel –, vertrat die Auffassung, daß es nicht darum geht, nur eine Frage zu regeln, nämlich das Quorum aus dem Wahlrecht, sondern daß hier der Versuch unternommen werden mußte, alle Fragen der dänischen Minderheit südlich der Grenze und all die anderen Fragen, die dazu gehören – und vor allen Dingen die Fragen für die deutsche Minderheit in Dänemark – zu regeln.

In Schleswig-Holstein denkt man an diesen Tag. Inwieweit das auch in der Bundesrepublik Deutschland aufgegriffen wird, da wage ich meine Zweifel zu haben, weil dort in diesem Jahr 1995 natürlich unendlich viel anderes auf die Bürger und die Regierenden und die Parlamente einstürmt.

**NORDSCHLESWIGER:** Das von Ihnen angesprochene Quorum, die Fünf-Prozent-Klausel, von der die dänische Minderheit befreit werden wollte, war 1954 eine der Kernfragen, nachdem die dänische Minderheit mit über 40.000 Stimmen nicht in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gelangt war.

Hatte die Landesregierung unter ihrer Führung damit ein gutes Faustpfand in der Hand?

**VON HASSEL:** Absolut! Die dänische Minderheit südlich der Grenze als auch ihrer Partner und Freunde in Kopenhagen hatten nur ein einziges Ziel, die Sperrklausel zu beseitigen, während wir sagten: Es muß alles auf den Tisch!

**NORDSCHLESWIGER:** Zum Beispiel?

**VON HASSEL:** Die Schulzuschüsse an die dänischen Schulen und andere prinzipielle Fragen: inwieviel hinter der sog. Kieler Erklärung von 1949 nun wirklich alles hineingebracht wird, so daß ein für allemal alles geregelt wird, was man regeln muß.

**NORDSCHLESWIGER:** Das spielte in den Verhandlungen dann keine Rolle.

**VON HASSEL:** Natürlich. Ich wollte die Gegenseitigkeit. Ich wollte, daß man zehn Jahre nach dem Krieg in einer neu beginnenden Zeit, in der Deutschland begann, souverän zu werden und Partner der großen internationalen Organisationen wurde – der Nato, der Westeuropäischen Union – und den Tiefpunkt überwunden hatte, alle Fragen der Minderheiten bei-

derseits der Grenze gleichmäßig behandelt.

**NORDSCHLESWIGER:** Am Anfang stand die Nato-Ratstagung in Paris, als der dänische Außenminister H.C. Hansen Bundeskanzler Konrad Adenauer in dessen Eigenschaft als Außenminister ansprach. Wurden Sie durch die Forderung nach Entfernung der Fünf-Prozent-Klausel als schleswig-holsteinische Landesregierung von vornherein nicht unter einen gewissen Druck gesetzt?

**VON HASSEL:** Nein. Wir sind ein Bundesstaat. Und wir Länder haben eine große eigene Zuständigkeit.

**NORDSCHLESWIGER:** Aber Dänemark hatte sein Votrecht.

**VON HASSEL:** Aber es ist ein Unterschied, ob der Mann, der hier verantwortlich war – in diesem Falle also ich –, sich einem Druck von Bonn beugt. Ich war der Auffassung: Wenn wir jetzt in eine neue Zeit kommen, müßten wir auch bei uns in Schleswig-Holstein bereit sein, neu zu denken. Es bedurfte also nicht eines »Druckes« von Konrad Adenauer – meines Bundesvorsitzenden der CDU; ich war ihr Landesvorsitzender –, weil ich völlig dieser Auffassung war.

Ich habe ja hier dafür gekämpft. Zum Beispiel dort oben im Landesteil Schleswig waren überall Christliche Demokraten – etwas anders war es in der Stadt Flensburg – weithin Bürgermeister, Landräte, und Kreistagsmehrheiten. Und die kamen natürlich den Grenzkampf und hatten 1955 kein Verständnis, daß Hassel im Kiel nun plötzlich den Dänen gegenüber großzügig wird. Die sagten: Wir kennen doch alle da drüben auf der anderen Seite die Lage der deutschen Minderheit und haben Rechtsabrechnung, Faarhus usw. noch in frischer Erinnerung. Wie kommt Hassel dazu, großzügig zu sein?

**NORDSCHLESWIGER:** Mit anderen Worten: Sie waren in einer schwierigen Situation. Wie konnten Sie die Lage wenden?

**VON HASSEL:** Wir haben den Verhandlungspartnern auf der dänischen Seite, zunächst einmal den Führern der dänischen Minderheit südlich der Grenze, aber auch in den Gesprächen mit Kopenhagen gesagt: Wir sind bereit, euer berechtigtes Anliegen – weg mit der Fünf-Prozent-Klausel! – aufzunehmen, aber ihr sollt auch bereit sein zuzuhören, was wir wollen. Wir wollen euch alles geben, was ihr auch unseren Leuten drüben gebt. Also ein Quid pro quo.

**NORDSCHLESWIGER:** Und welche Forderungen haben Sie gestellt?

**VON HASSEL:** Zum Beispiel Beseitigung der Rechtsabrechnung in Nordschleswig.

**NORDSCHLESWIGER:** Das spielte in den Verhandlungen dann keine Rolle.

**VON HASSEL:** Natürlich. Es gab dann die Beseitigung der Strafbestimmungen für die Deutschen, die während des Krieges mitgewirkt hatten. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig hat schwer gelitten.

**NORDSCHLESWIGER:** Die Entfernung der Zweiprozent-Sperrklausel für die

deutsche Minderheit spielte demnach keine Rolle?

**VON HASSEL:** Damals haben wir nur gesagt: Wenn wir der dänischen Seite eine bevorzugte Behandlung im Wahlrecht geben, indem die Sperrklausel entfällt, dann erwarten wir, daß man auch im Wahlgesetz in Dänemark – das dänische ist ganz anders aufgebaut und mit dem deutschen nicht vergleichbar – an Lösungen denkt, die unter den andersgearteten Wahlprinzipien des Königreiches Dänemark der deutschen Volksgruppe eine Vertretung in Kopenhagen ermöglichen.

**NORDSCHLESWIGER:** Diese Lösung kam mit dem deutschen Sekretariat in Kopenhagen 1983.

**VON HASSEL:** Ja. Diese Entwicklung kenne ich auch dadurch, daß ich z.B. als Sprecher der europäischen Christlichen Demokraten und Konservativen beim Parteitag der Konservativen in Kopenhagen Poul Schlüter als Parteivorsitzendem gesagt habe: Uns schwelt die Großzügigkeit vor. Wir geben euch die erhöhten Zuschüsse für die dänischen Schulen; und ihr sorgt für ein Sekretariat in Kopenhagen.

**NORDSCHLESWIGER:** Die Landesregierung schickte als ihr Mitglied der deutschen Verhandlungsdelegation den Ministerialdirektor Dr. Dr. Ernst Kracht aus der Staatskanzlei. Kracht war den Dänen als Oberbürgermeister Flensburgs immer vor dem Bemühen geleistet, auch die dänische Seite menschlich zu behandeln. Als engster Mitarbeiter des Ministerpräsidenten war Kracht der beste Kenner der Verhältnisse. Er und ich waren völlig einer Meinung und haben uns auf die Begegnung in Kopenhagen sehr genau vorbereitet.

**NORDSCHLESWIGER:** Ich selbst bin dann auf Ur-

laub nach Meran, nach Südtirol, gefahren, sonst hätten wir hier jeden Tag telefoniert. Das wäre bei dem schwierigen Beginn der Verhandlungen in Kopenhagen möglicherweise gar nicht so gut gewesen. Die Dänen hatten das Abschiedsessen ja bereits auf Dienstagabend angesetzt. Dann ist alles, im Grunde genommen, gewendet worden; und die Dänen haben eingesehen, daß sie alles verhandeln müssen und nicht nur über die fünf Prozent. Das ist im Grunde Kracht zu verdanken.

**NORDSCHLESWIGER:** Gab es eine Situation, in der die deutsche Seite bzw. Herr Kracht den Gedanken gefaßt hätten, die Verhandlungen abzubrechen?

**VON HASSEL:** Wenn ich hiergeblieben wäre und Kracht hätte abends um 21 Uhr aus der Botschaft angerufen und gesagt: Herr Ministerpräsident, so wie ich das sehe, wird das nichts, hätte ich gesagt: Lassen Sie uns mal überlegen, ob Sie nicht morgen abfahren. Aber nach Meran zu telefonieren, war damals schwierig; und Briefe erhielt ich erst drei Tage später. Nein, es war gut, daß ich weggefahre bin und nicht in der Nähe war.

**NORDSCHLESWIGER:** Sie rechneten also nicht von vornherein mit einem Erfolg?

**VON HASSEL:** Die Weisung war folgende: Wenn es nicht zu einer Gesamtlösung auch für die deutsche Volksgruppe kommt, dann bin ich nicht bereit, etwas für die Beseitigung der Fünf-Prozent-Sperrklausel zu tun.

**NORDSCHLESWIGER:** Im Hintergrund standen die

Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Nato und der dänische Wunsch nach Entfernung der Sperrklausel. Im Hintergrund stand also Bonn.

**VON HASSEL:** Stand es. Aber so ist das nun auch nicht, daß an der Sperrklausel die Aufnahme in die Nato gescheitert wäre. Ich wollte ja auch in die Nato. Und deswegen hatte ich hier ja vorbereitet, daß man großzügig ist. Ich mußte ja meine eigene CDU-Mehrheit im Grenzland überzeugen.

**NORDSCHLESWIGER:** Sie hatten anfangs einen Beirat für die dänische Minderheit ins Auge gefaßt.

**VON HASSEL:** Ja, und ich wollte auch Übergangslösungen haben. Die dänische Minderheit war aber vor den Verhandlungen in Kopenhagen mit Übergangslösungen nicht einverstanden; sie fürchtete, daß daraus Dauerlösungen werden könnten. Die Dänen haben genau gewußt: Wir erreichen die Sache mit der Sperrklausel, wenn wir bereit sind, auch die anderen, aber genauso ernsten Schwierigkeiten der deutschen Volksgruppe in Dänemark auszuräumen.

**NORDSCHLESWIGER:** Hatten Sie sich 1955 traurig an die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und der hinter ihnen stehende Geist im Laufe der Entwicklung eine derartige Erfolgsgeschichte werden wünschen?

**VON HASSEL:** Ich war von ihrem großen Erfolg überzeugt und auch davon, daß es irgendwann einmal Nachbesserungen und entsprechende Wünsche von der einen oder anderen geben würde. Und die Überraschung für mich ist, daß es so, wie es mit Punkt und Komma geschrieben wurde, bis heute hin überhaupt nicht zu verändert werden brauchte, weil man sagt: Es ist tadellos. Wir haben aber auch alles getan, daß das zu einem Erfolg wird, daß es das Tagesgeschehen mit beeinflußt. Das heißt, wir arbeiten im Sinne jener Gedanken, die wir da besprochen haben.

**NORDSCHLESWIGER:** Die gesamteuropäische Situation hat seit der Öffnung des europäischen Ostens und der Wende in Deutschland 1989/90 entscheidend verändert. Vorher weitgehend verdeckte Minderheitenprobleme in Ost- und Südosteuropa sind virulent, wenn nicht gar explosiv geworden. Ließen sich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen dort als eine – zu mindest teilweise anwendbare – Lösungsmöglichkeit ansehen?

**VON HASSEL:** Ich sprach von einer großzügigen Lösung. Dazu mußte ich meine Christlichen Demokraten erst einmal trösten. Ich bin damals großzügig gewesen, weil ich der Auffassung war, daß zwar nur bei- seit der Grenze hier und in Südtirol Minderheitenprobleme sichtbar seien, es aber in der ganzen Welt so viele Minderheiten und Volksgruppen gibt, die brutal unterdrückt werden: Militärregime in Griechenland, Basen und Franco in Spanien, die Brutalität des Zentralisten Tito in einem kommunistischen System.

**NORDSCHLESWIGER:** Die Auffassung Hassels war: Die Welt ändert sich irgendwann. Wann das ist, weiß keiner; aber sie wird

sich ändern. Dann werden dort, wo Minderheiten brutal unterdrückt sind, möglicherweise freiheitliche Entwicklungen entstehen. Und dann kommen plötzlich auch dort in Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, auf Zypern ganz neue Minderheitenprobleme hoch – jetzt nach der Wende sind sie sichtbar. Wir haben 200 Unruheherde in der Welt – allein in den GUS-Staaten 90 solcher Regionen! –, in denen Minderheiten aufeinanderstoßen.

Und da sage ich: Die hiesigen großzügigen Regelungen des Jahres 1955 können in ihren Kernüberlegungen bei uns – identitätsfördernd die Sprache, Schule, Kultur, Vereine, Zeiten, Rundfunk, Fernsehen – überall dort übernommen werden, wo die Minderheitenfragen gelöst werden müssen. Und wenn sie nicht gelöst werden, kommt es zum Bürgerkrieg!

**NORDSCHLESWIGER:** Ist das im deutsch-dänischen Grenzland geplante Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) zur Lösung von Minderheitenproblemen im Osten ein Ansatzpunkt?

**VON HASSEL:** Seit Jahren wird versucht, an die Europäische Menschenrechtskonvention durch ein Zusatzprotokoll eine Konvention für Rechte der Minderheiten und Sprachen anzuhängen. Wir sind daher gut beraten, wenn die Regierungen in Bonn, Kopenhagen und Kiel – unterstützt von der Föderalistischen Union Europäischen Volksgruppen (FUEV), die eine sehr ordentliche Arbeit leistet – dafür Sorge tragen, daß diese Dinge jetzt in Straßburg zu einem guten Abschluß kommen – und dann hinterher das Thema des Instituts! Es muß von vornherein klar sein, daß ein solches europäisches Institut hierher kommt. Ob nach Apenrade oder nach Schleswig-Holstein – da mische ich mich nicht ein. Ein Minderheiteninstitut kann aber nur dann etwas Vernünftiges werden, wenn es hier in der deutsch-dänischen Grenzregion liegt.

**NORDSCHLESWIGER:** Waren Minderheitenrechte analog zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch für die neuen Minderheiten der Wanderarbeiter in Deutschland denkbar?

**VON HASSEL:** Eine Minderheit definiert sich von der geschichtlichen Entwicklung, von der gemeinsamen Sprache und Kultur und der gemeinsamen Region her. Das ist eine Minderheit: also die deutsche Minderheit in Nordschleswig, die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig, die deutsche Minderheit in Südtirol – sie hat ihre Bürger nicht etwa in Katalanien oder auf Sizilien –, die Friesen und die Sorben. Eine Minderheit muß also in einem überschaubaren gemeinsamen Raum seit Generationen ansässig sein. Die Türken, Italiener, Spanier, Portugiesen, Algerier, Marokkaner sind über die ganze Bundesrepublik verteilt. Das sind keine Minderheiten. Das gleiche gilt für Sinti und Roma.

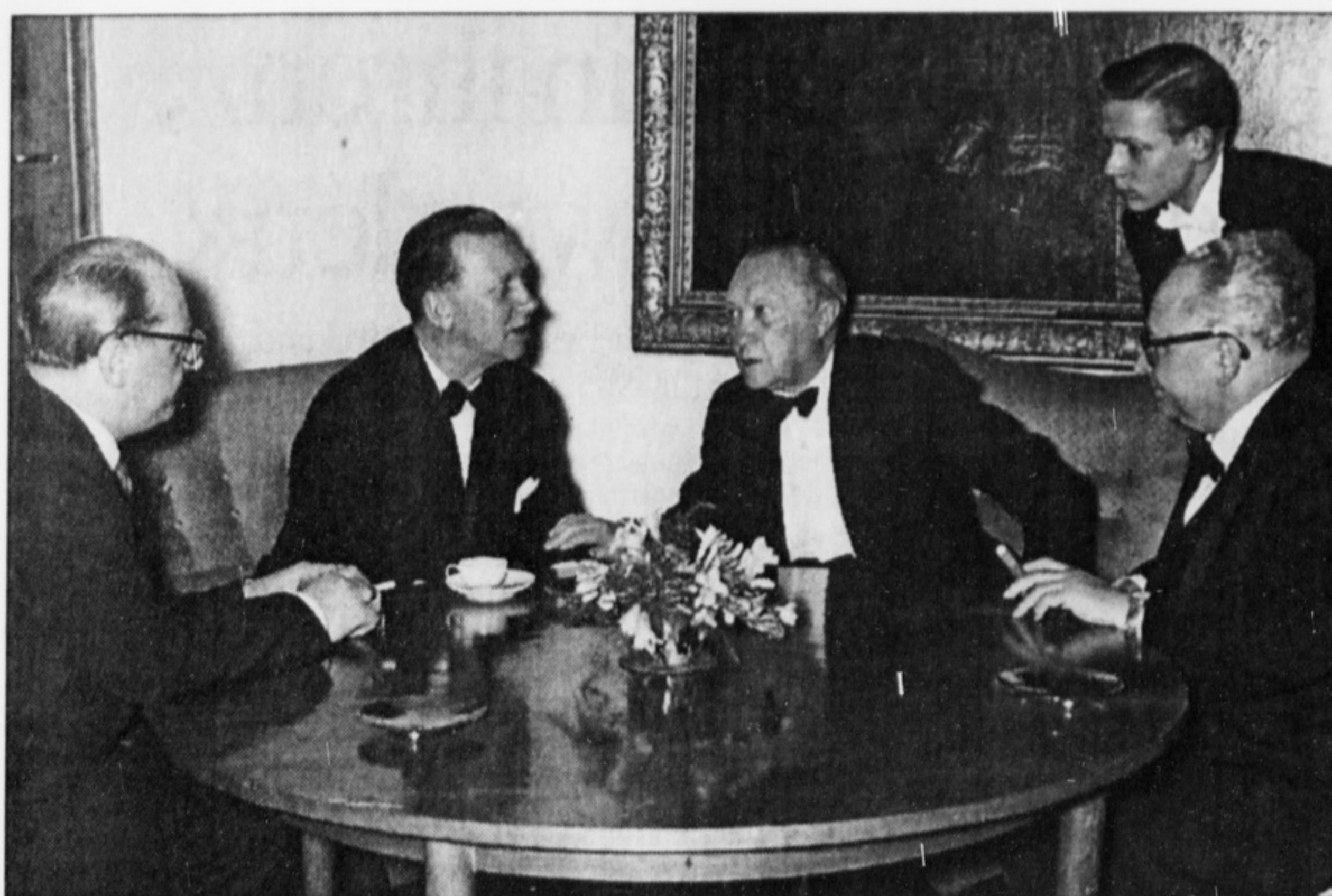
Minderheitenrechte sind gemeinsame Rechte. Sie gelten für eine Gruppe in einem Siedlungsgebiet – gewachsen und gestanden seit Generationen!

**ULRICH KÜSEL**

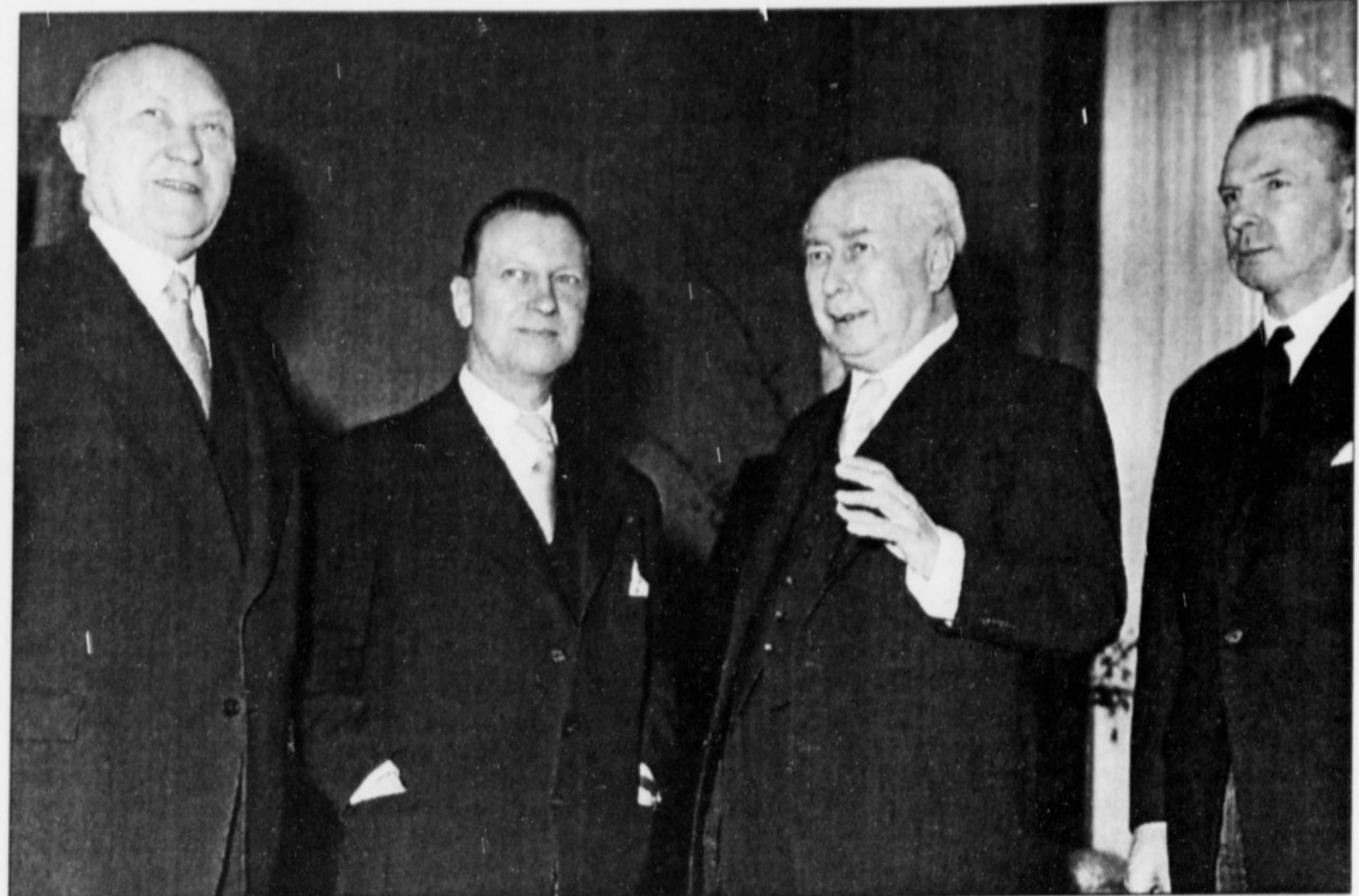


Dr. h.c. Kai-Uwe von Hassel (81), Bonn, wurde in Gare/Tanganjika (ehem. Deutsch-Ostafrika) geboren und kam 1919 mit seinen Eltern nach Glückstadt. Seine politische Laufbahn: 1946 Eintritt in die CDU, 1947 bis 1963 Stadtvertreter und Bürgermeister bzw. Bürgervorsteher in Glückstadt; Oktober 1954 bis Januar 1963 schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, 1963 bis 1966 Bundesverteidigungs-, 1966 bis 1969 Bundesvertriebenenminister, 1969 bis 1972 Bundespräsident, 1977 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, 1979 bis 1984 Europaabgeordneter. Als Ministerpräsident war von Hassel wesentlich am Zustandekommen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 beteiligt. (Foto: N)

## 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN



29. März 1955: Gespräch am runden Tisch: CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Heinrich von Brentano, Staatsminister H.C. Hansen, Bundeskanzler Konrad Adenauer und SPD-Vorsitzender Erich Ollenhauer (v.l.)



Empfang bei Bundespräsident Theodor Heuss (2.v.r): Bundeskanzler Konrad Adenauer, Staatsminister H.C. Hansen und dänischer Botschafter Frants Hvass (r.)

(Fotos: Bundesbildstelle, Bonn)

## Wie es zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen kam

Chronologische Übersicht September 1954 bis September 1955

### September 1954

**12. Sept.** Landtagswahl in Schleswig-Holstein - Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der 42.242 Stimmen erreicht, was einem Stimmenanteil von 3,5 Prozent im ganzen Land entspricht, scheitert an der Fünf-Prozent-Klausel und kann keine Abgeordneten mehr in den Landtag entsenden. In der dänischen Presse wird scharfe Kritik am schleswig-holsteinischen Wahlgesetz geäußert, zumal die deutsche Minderheit in Nordschleswig seit 1953 mit 9.721 Stimmen mit einem Abgeordneten im Folketing vertreten ist.

**15. Sept.** Vollversammlung des Grenzpolitischen Rates in Husum

**15. Sept.** In der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg bringt der dänische Delegierte Hermod Lanning das schleswig-holsteinische Wahlergebnis zur Sprache und fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, dafür zu sorgen, daß die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig im Landtag vertreten werde.

**17. Sept.** Äußerung des dänischen Außenministers Hans Christian Hansen im Außenpolitischen Ausschuß des Folketings zur Lage der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig

**25. Sept.** Stellungnahme der Pressestelle der Landesregierung zur Frage der Wahlklausel: »Schiefe Vergleiche«

### Oktober 1954

**11. Okt.** Wahl Kai-Uwe von Hassels zum schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.

**16. Okt.** Auf einer Kreisdelegiertenversammlung der Partei Venstre in Apenrade wird eine Erklärung angenommen, in der als Voraussetzung für Dänemarks Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO die Zusicherung von demokratischen Freiheiten für die dänische Bevölkerung im Landesteil Schleswig angesehen wird.

**19. Okt.** Große Anfrage der Bundestagsfraktion der SPD zum nationalen Minderheitenrecht an die Bundesregierung.

**19/20. Okt.** Außenpolitische Debatte des Folketings zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Beinahe alle Parteien sprechen sich für die Aufnahme aus, gleichzeitig wird der Außenminister aber aufgefordert, die dänischen Gesichtspunkte hinsichtlich der Interessen der dänisch-gesinnten Südschleswiger auf der bevorstehenden NATO-Ratsversammlung in Paris vorzubringen.

**20. Okt.** Folketingrede des deutsch-norddeutschen Abgeordneten Hans Schmidt-Oxbüll zum Lebensrecht der deutschen und der dänischen Minderheit.

**22. Okt.** Nach der Erklärung des dänischen Außenministers H.C. Hansen auf der NATO-Ratsversammlung in Paris kommt es zu einem Korridorgespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, der erklärt, die Bundesregierung sei bereit, zu einer positiven Lösung der Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein beizutragen; er habe bereits Verhandlungen darüber mit Ministerpräsident von Hassel geführt; und man könne erwarten, daß es zu einer befriedigenden Lösung kommen werde.

### November 1954

**8. Nov.** Regierungserklärung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel. Vorgeschlagen wird ein Ver-

trag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die beiderseitigen Minderheiten.

**9./10. Nov.** Landtagsdebatte zur Regierungserklärung.

**12. Nov.** In einer Rede in Aalborg wendet sich Außenminister H. C. Hansen gegen einen Minderheitenvertrag.

**12. Nov.** In einer Rede in Århus sieht der frühere dänische Außenminister Ole Bjørn Kraft nach Lage der Dinge keinen anderen Weg, »als daß die dänische Regierung jetzt versuchen müsse, Fühlung mit der deutschen Bundesregierung aufzunehmen und dort Verständnis dafür zu wecken, daß eine Änderung der Bedingungen, unter denen die dänische Minderheit arbeitet, notwendig ist.«

**17. Nov.** Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings spricht sich gegen einen Minderheitenvertrag zwischen Dänemark und Deutschland aus.

**17. Nov.** In einer Rede in Gentofte erklärt der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins (SSV), Niels Bøgh Andersen, daß die dänische Minderheit an einem Minderheitenvertrag nicht sonderlich interessiert sei.

**18. Nov.** Antrag der SPD-Landtagsfraktion betr. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes

**30. Nov.** Erstes Gespräch zwischen Ministerpräsident von Hassel und Vertretern der dänischen Minderheit in Kiel zur »umfassenden gegenseitigen Orientierung über die gegebene Lage«. In der Unterredung sind »die auf eine Minderheitenvertrittung im Landtag abzielenden Wünsche, ferner kulturelle und wirtschaftliche Anliegen der dänischen Minderheit sowie verfassungsrechtliche Fragen eingehend erörtert« worden, die Besprechung habe sich auch auf die Wünsche der deutschen Minderheit in Nordschleswig erstreckt.

### Dezember 1954

**7. Dez.** Entschließung des Grenzpolitischen Rates auf einer Vorstandssitzung in Flensburg zu einer Gesamtregelung der Minderheitenfragen

**7. Dez.** Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, FDP, GB/BHE, DP zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht

**8. u. 10. Dez.** Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht

**11. Dez.** Rede H. C. Hansens beim Fest des Kopenhagener Journalistenverbandes zum Verhältnis Dänemarks zur Bundesrepublik Deutschland und zu den Minderheitenfragen

**14. Dez.** »Wunsch nach guter Nachbarschaft« - In einem Artikel in den »Kieler Nachrichten« nimmt Ministerpräsident von Hassel zum deutsch-dänischen Verhältnis Stellung.

**20. Dez.** Erste Lesung des von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Mit Rücksicht auf die laufenden Besprechungen ist die SPD mit einer positiven Lösung der Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein beizutragen; er habe bereits Verhandlungen darüber mit Ministerpräsident von Hassel geführt; und man könne erwarten, daß es zu einer befriedigenden Lösung kommen werde.

### November 1954

**8. Nov.** Regierungserklärung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel. Vorgeschlagen wird ein Ver-

Dieser Vorschlag soll gleichzeitig der Leistung der dänischen Minderheit unterbreitet werden.

### Januar 1955

**5. Jan.** Gespräch des Flensburger Folketingabgeordneten Will Rasner (CDU) mit dem konservativen Folketingabgeordneten Karl Bøgholm in Kopenhagen zur Vorbereitung der deutsch-dänischen Verhandlungen

**6. Jan.** Der dänische Unterrichtsminister Bomholt spricht sich in einer Rede in Tondern für das Examensrecht für die deutschen Schulen in Nordschleswig aus.

**6. Jan.** Das Landeskabinett stimmt dem Vorschlag des Ministerpräsidenten von Hassel zu, bei der Landesregierung einen Beirat zu bilden.

**11. Jan.** Der SSW weist von Hassels Vorschlag in einem Schreiben zurück.

**15. Jan.** Schreiben Karl Bøgholms an Will Rasner, in dem mitgeteilt wird, daß das dänische Außenministerium mit den im Gespräch vom 5. Januar gemachten Vorschlägen einverstanden sei.

**17. Jan.** Bericht Will Rasners an das Auswärtige Amt über den Inhalt des Gesprächs

### Februar 1955

**2. Febr.** Der deutsche Geschäftsträger in Kopenhagen überreicht dem dänischen Staats- und Außenminister H. C. Hansen eine Note, in der die Aufnahme von Verhandlungen über die Probleme der Minderheiten beiderseits der Grenze empfohlen wird.

**5. Febr.** Unterredungen H. C. Hansens im Staatsministerium mit Vertretern aller Parteien zu deutschen Note

**7. Febr.** Behandlung der Südschleswig-Frage im britischen Unterhaus in London

**7. Febr.** Rede des Ministerpräsidenten von Hassel anlässlich des Ozean-Gedenkmarsches

**9. Febr.** Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings billigt die dänische Antwortnote. Überreicht wird dieser Note. Die dänische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden.

**11. Febr.** Veröffentlichung der Noten

**21./22. Febr.** Äußerungen zu den bevorstehenden Minderheitenverhandlungen im Schleswig-Holsteinischen Landtag während der Ersten Lesung des Haushaltsgesetzes

**26. Febr.** Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff (sog. Tingleff Empfehlungen)

**28. Febr.** Eröffnung der deutsch-dänischen Verhandlungen in Kopenhagen

### März 1955

**5. März** Abschluß der Verhandlungen in Kopenhagen mit einem gemeinsamen Kommunike

**16. März** Vollversammlung des Grenzpolitischen Rates in Flensburg

**25. März** Bedenken von »Danske Samfund« (Erklärung der Hauptvorstandssitzung in Apenrade)

**27. März** Rede H. C. Hansens zum Verlauf der Verhandlungen in Sonderburg

**28./30. März** Besuch H. C. Hansens in Bonn

**28. März** Zum Abschluß der Verhandlungen wird in Bonn von den beiden Verhandlungsführern Dr. Wilhelm Nöldeke und Nils Svenningssen ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet.

### Juni 1955

#### 1. Juni

Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Dr. Pagel unterrichtet Vertreter der dänischen Minderheit in einem Gespräch über den Gebrauch des Danelogs bei den Jahrestreffen. Die Beiflaggung wird gestattet. Der Innenminister äußert die »Hoffnung, daß in Nordschleswig bei entsprechenden Veranstaltungen der deutschen Minderheit eine ähnlich großzügige Einstellung gegenüber der Bundesflagge bekundet wird.«

**31. März** Erklärung von Ministerpräsident von Hassel vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zu dem Ergebnis der deutsch-dänischen Besprechungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten und Vorlage eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Der Landtag begrüßt die Bonner Erklärung.

### April 1955

#### 1. April

#### 1

# Völkerrechtlich »nur von gewisser Bedeutung – aber von einer starken moralischen Verpflichtung«

NORDSCHLESWIGER-Interview mit Prof. Troels Fink, Apenrade, über sein Mitwirken an den Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 und ihre anfängliche Ablehnung, über vorherige Kontakte zwischen deutschen und dänischen Politikern, die Unterzeichnung in Bonn und ein Frühstück bei Bundespräsident Heuss

**NORDSCHLESWIGER:** Herr Professor Fink, als Historiker waren Sie von 1946 bis 1959 zugleich Sachverständiger für schleswigsche Fragen beim dänischen Außenministerium. In welcher Weise haben Sie am Zustandekommen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen mitgewirkt?

**PROF. TROELS FINK:** 1946 explodierten die Probleme südlich der Grenze. In der ersten Zeit ging es um das besondere Verhältnis zu den Engländern. Nach 1950, nachdem Deutschland wieder so einigermaßen in Ordnung gekommen war mit Wirtschaftswunder usw., gab es eine andere Problematik.

**NORDSCHLESWIGER:** Welche?

**FINK:** Es waren in größerem Maße Bestrebungen, auf die eine oder andere Weise für die Dänen südlich der Grenze ein gesichertes Dasein innerhalb Deutschlands zu finden. Nach 1945 hatte es den nachdrücklichen Wunsch einer großen Gruppe Menschen in Südschleswig gegeben, die Grenze zu verschieben. Das änderte sich; und daher ging es jetzt darum, die Minderheit zu schützen.

Die zweite Phase begann mit der sog. Kieler Erklärung 1949. Das war für die deutsche Minderheit hier in Nordschleswig Anlaß, ebenfalls eine solche Erklärung zu erreichen.

**NORDSCHLESWIGER:** Eine Art Gegenseitigkeit?

**FINK:** Ja, praktisch. Wir erörterten das im Ministerium. Und da schlug ich als konkrete Antwort eine Auflistung aller Rechte vor. Das war als ein Brief an die deutsche Minderheit gedacht, welche Stellung sie im Blick auf verfassungsmäßig gesicherte Rechte hat. Das nahm Ernst Siegfried Hansen – er war ja ein sehr tüchtiger Politiker – zum Anlaß, das Schreiben zu dem umzufunktionieren, was er »das Kopenhagener Protokoll« nannte. Und dieses »Kopenhagener Protokoll« ist ja nie aus Verhandlungen hervorgegangen und ebensowenig ein zu Papier gebrachtes Verhandlungsergebnis. Aber es war ein sehr kluger Schachzug von Hansen, denn so konnte er sagen: Es gibt also eine Parallelität zwischen der Kieler Erklärung und dem Kopenhagener Protokoll. Aber es ist, wie gesagt, kein Ausfluß von Verhandlungen zwischen der dänischen Regierung und der Minderheit.

Dann kamen die Verhältnisse mehr und mehr in Ordnung; und ab 1953 war die deutsche Minderheit wieder im Folketing repräsentiert – mit Hans Schmidt-Oxbüll. Er erzielte gut 9.000 Stimmen. Im Jahr danach gab es eine Landtagswahl in Schleswig-Holstein, und die Partei der dänischen Minderheit konnte mit gut 42.000 Stimmen keine Abgeordneten in den Schleswig-Holsteinischen Landtag schicken.

**NORDSCHLESWIGER:** ...aufgrund der Sperrklausel. Und damit wurde diese Klausel zu einem zentralen Problem: Denn man sagte: Es ist unangemessen, daß man mit so vielen Stimmen nicht repräsentiert sein kann. Aus meiner Sicht hätte man das deutscherseits ohne weiteres ändern können, aber in

Schleswig-Holstein wollte man einen Beirat für Minderheitenfragen einrichten.

Und dann entstand eine spezielle Situation, die alles ins Rutschen brachte: Das war die Aufforderung an Deutschland, der Nato beizutreten und damit eine akzeptierte Macht in der westlichen Zusammenarbeit zu werden. Zur Aufnahme Deutschlands in die Nato war jedoch Einstimmigkeit erforderlich; und das hieß: Dänemark hat ein Vetorecht. Es gab einige, die viel Gewicht darauf legten und sagten: Wir wollen diese Situation dazu nutzen, den Deutschen vorzuschlagen, das schleswig-holsteinische Landeswahlgesetz zu ändern, so daß die Fünf-Prozent-Sperrklausel aufgehoben wird.

Allerdings muß man gleich unterstreichen, daß Dänemark sein Veto nicht hätte aufrechterhalten können. Es war aber eine taktisch gute Ausgangssituation...

**NORDSCHLESWIGER:** Welche Bündnispartner hatte Dänemark in dieser Frage in der Nato?

**FINK:** Keine! Dänemark hatte einzige und allein sein Vetorecht. Und das wollte man dazu benutzen, die Deutschen auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Das geschah auf einer Nato-Ratsversammlung im Oktober 1954 in Paris, an der Bundeskanzler und Außenminister Konrad Adenauer erstmals teilnahm. Der dänische Außenminister H.C. Hansen sprach das Problem an: Es wäre für die gute Zusammenarbeit der kommenden Zeit ein Symbol, wenn man jene Bestimmung im schleswig-holsteinischen Wahlgesetz ändern würde, die die dänische Minderheit aussperre. Es war sehr sehr vorsichtig formuliert... Adenauer sagte eine Behandlung dieser Frage zu.

**NORDSCHLESWIGER:** Und welche Rolle spielten Sie dabei?

**FINK:** Ich hatte die Aufgabe, diese politischen Vorgänge zu bewerten und Gutachten zu schreiben. Als erstes sagte ich: Jetzt können wir ruhig abwarten, was geschehen wird. Ausgehend von der Stellungnahme Adenauers mußte die deutsche Seite an uns herantreten. Aber auf deutscher Seite gab es große Schwierigkeiten, weil man im Land Schleswig-Holstein einen Vertrag haben wollte. Und einen Vertrag hatte man von dänischer Seite abgelehnt. Das Problem wurde dadurch gelöst, daß ein deutscher Bundestagsabgeordneter...

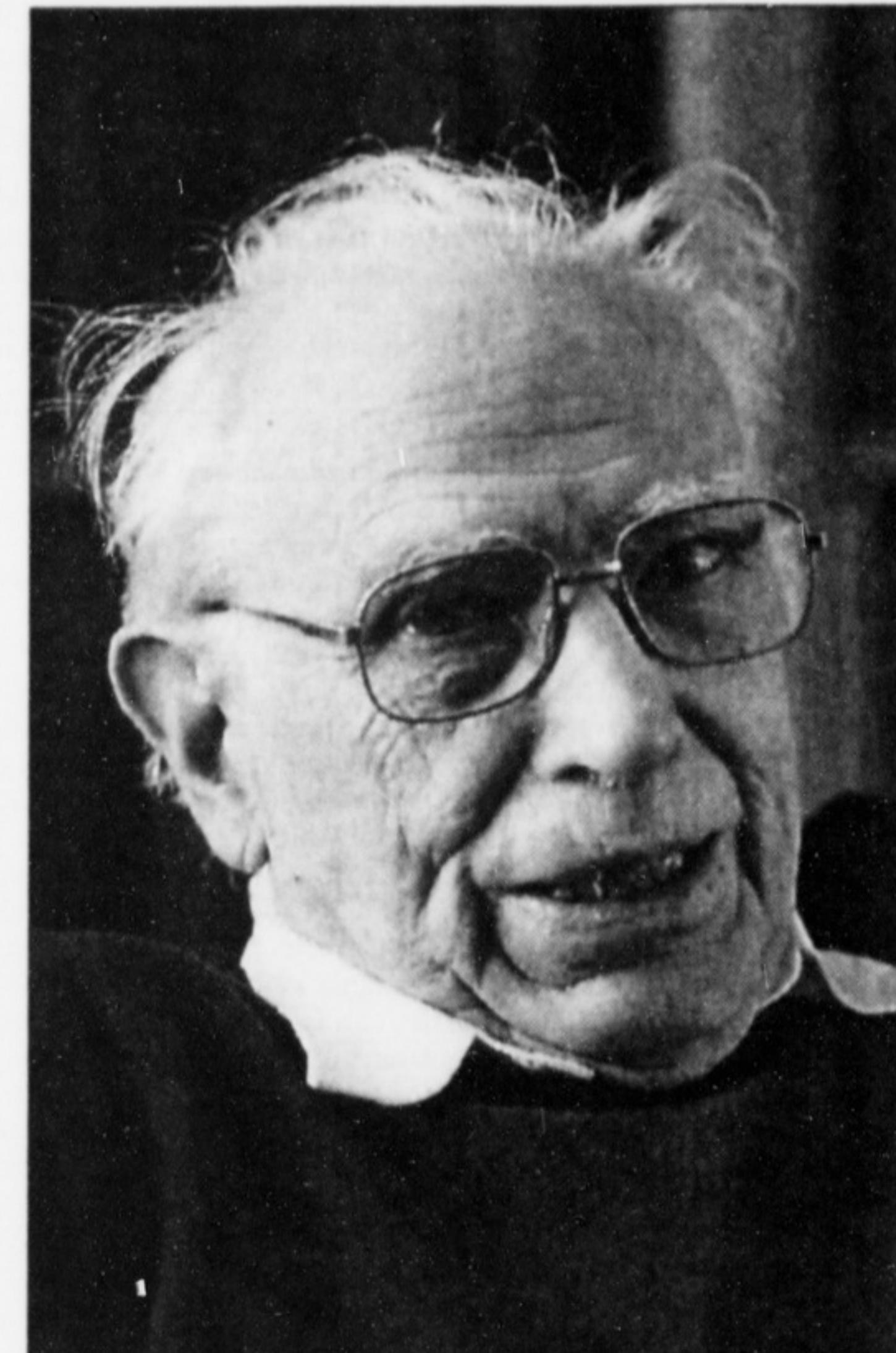
**NORDSCHLESWIGER:** Seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung war Ministerialdirektor Dr. Dr. Ernst Kracht aus der Staatskanzlei Mitglied der deutschen Verhandlungsdelegation.

**FINK:** Als Ende Februar die Verhandlungen begannen, war Kracht dabei. Er galt dänischerseits nicht unbedingt als persona grata. Denn er war vor dem Krieg Oberbürgermeister in Flensburg gewesen und hatte gegen die dänische Minderheit ein sehr hartes Regiment geführt.

**NORDSCHLESWIGER:** Gab es von dänischer Seite Vorbehalte gegen Kracht?

**FINK:** Das hatten wir nicht. Aber es war hart an der Grenze.

**NORDSCHLESWIGER:** Sie kannten doch Krachts Vergangenheit!



Prof. Troels Fink (82) stammt aus Apenrade, war von 1950 bis 1959 Professor für Geschichte an der Universität Århus, von 1959 bis 1975 dänischer Generalkonsul in Flensburg und von 1976 bis 1979 Direktor des Instituts für Grenzregionsforschung, Apenrade. Als Sachverständiger für schleswigsche Fragen beim dänischen Außenministerium von 1946 bis 1959 war Fink im Jahre 1955 an den Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen beteiligt. (Foto: Karin Riggelsen)

weil ich mich erinnere – erhielten Außenminister H.C. Hansen und Staatsminister Hans Hedtoft Bescheid.

Anfang Februar stimmte man von dänischer Seite Verhandlungen über parallele, nicht miteinander verbundene Erklärungen zu.

**NORDSCHLESWIGER:** Und welche Rolle spielten Sie dabei?

**FINK:** Ich hatte die Aufgabe, diese politischen Vorgänge zu bewerten und Gutachten zu schreiben. Als erstes sagte ich: Jetzt können wir ruhig abwarten, was geschehen wird. Ausgehend von der Stellungnahme Adenauers mußte die deutsche Seite an uns herantreten. Aber auf deutscher Seite gab es große Schwierigkeiten, weil man im Land Schleswig-Holstein einen Vertrag haben wollte. Und einen Vertrag hatte man von dänischer Seite abgelehnt. Das Problem wurde dadurch gelöst, daß ein deutscher Bundestagsabgeordneter...

**NORDSCHLESWIGER:** War zu diesem Zeitpunkt auch die schleswig-holsteinische Landesregierung beteiligt?

**FINK:** Nur über die Bundesregierung. Die Bundesregierung – das kenne ich aber nicht bis in die Einzelheiten – hat der Landesregierung zu verhandeln auf gegenseitiger Basis und beziehen beide Minderheiten ein, war diese Situation ausgeschlossen.

**NORDSCHLESWIGER:** Welche Rolle spielte Will Rasmussen?

**FINK:** Rasmussen spielte nur eine Rolle bei der Kontaktknüpfung. Danach war er nicht mehr beteiligt.

**NORDSCHLESWIGER:** Gab es von dänischer Seite Vorbehalte gegen Kracht?

**FINK:** Das hatten wir nicht. Aber es war hart an der Grenze.

**NORDSCHLESWIGER:** Sie kannten doch Krachts Vergangenheit!

**NORDSCHLESWIGER:** Also schon im Vorfeld, lange bevor man mit den ersten Gesprächen begann.

**FINK:** Ja. Aber Kraft spielte 1955 keine Rolle.

**NORDSCHLESWIGER:** Gibt es Anhaltspunkte, daß Kraft schon lange vorher, zum Beispiel 1952 oder 1953, mit Heinrich Hellwege über Grenzland- und Minderheitenfragen gesprochen hat?

**FINK:** Das ist durchaus denkbar. Aber ich weiß es nicht. Auch ein bekannter deutscher Politiker hat sich für diese Frage interessiert...

**NORDSCHLESWIGER:** Kurt Georg Kiesinger, der Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages und späterer Bundeskanzler.

**FINK:** Ja. Er war mit diesen Fragen befaßt. Daran kann ich mich erinnern.

**NORDSCHLESWIGER:** Auch im Zuge der Verhandlungen?

**FINK:** Nein. Im Jahr zuvor gab es Kontakte. Und Bøgholm hatte auch Kontakte zu Kiesinger gehabt.

Die eigentlichen Verhandlungen gingen außerordentlich schnell vor sich. Wir nahmen auf der einen Seite die Kieler Erklärung, auf der anderen Seite das Kopenhagener Protokoll vor und gingen Punkt für Punkt durch. Die eigentlichen Dokumente füllten ja sozusagen nichts aus. Wenn Leute aus dem Ausland kommen und die deutsch-dänischen Erklärungen sehen wollen, dann steht da nicht viel.

**NORDSCHLESWIGER:** Nur eine Bestätigung dessen, was man bereits hatte?

**FINK:** Ja und nein. Das Positive liegt darin, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung zu erkennen gab, die Fünf-Prozent-Sperrklausel aufzuhören zu wollen.

Die Erklärungen enthalten eine Aufzeichnung der Rechte der Minderheiten. Und dann gibt es eine Reihe Punkte, in denen man einander Zusagen macht. Die Landesregierung versprach die Aufhebung der Sperrklausel. Wir von dänischer Seite sagten das Examensrecht für das Deutsche Gymnasium in Apenrade zu. Daraufhin sagten die Deutschen, wir geben der Duborg-Skole das Examensrecht. Das sind die konkreten Punkte. Aber sie haben jenen Charakter, daß für die Erfüllung der Zusagen kein weiteres Papier notwendig war.

**NORDSCHLESWIGER:** Welche Forderungen stellte die Landesregierung? Sie hatte ja mit der Sperrklausel ein Druckmittel.

**FINK:** Die mußte sie aufgeben. Es gab keine Forderungen. Als wir fertig waren, sagte Kracht, der Fall sei denkbar, daß die deutsche Minderheit nicht im Folketing vertreten sei, weil ihre Stimmenzahl nicht reiche.

Daraufhin antwortete Nils Svennissen: Dann wird eine neue Situation eingetreten sein. Es wurden keine Zusagen irgendwelcher Art gegeben. Aber später erhielt die deutsche Minderheit ja ihr Kopenhagener Sekretariat vom Staatsministerium als Ersatz für ein Folketingmandat.

Die Zugeständnisse von deutscher Seite waren am größten, weil man kein Gegenstück für die Fünf-Prozent-Klausel erhielt. Da hatten wir dänischerseits ja nichts zu geben. Die Minderheit war ja im Folketing repräsentiert.

ten und zu wahren.

**NORDSCHLESWIGER:** Trotzdem gab es in Dänemark die Zwei-Prozent-Sperrklausel.

**FINK:** Sie spielte keine Rolle. Die deutsche Minderheit hatte ja die Zwei-Prozent-Klausel übersprungen können. Ihr Vertreter war aufgrund der Verhältniswahl in den Großkreisen gewählt.

**NORDSCHLESWIGER:** Welche Rolle spielte Nils Svennissen?

**FINK:** Er war Leiter der dänischen Verhandlungsdelegation. Ihm stand der deutsche Diplomat Dr. Wilhelm Nöldeke gegenüber. Svennisen war ungeheuer geschickt und hatte den enormen Vorteil, daß er hervorragend Deutsch sprach. Er beherrschte die deutsche Sprache. Manchmal, wenn es Unsicherheiten in den Formulierungen gab, dann konnte er helfen: »Können wir das nicht so sagen?« Er war sehr entgegenkommend.

**NORDSCHLESWIGER:** Kurt Georg Kiesinger, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages und späterer Bundeskanzler.

**FINK:** Er war mit diesen Fragen befaßt. Daran kann ich mich erinnern.

**NORDSCHLESWIGER:** Auch im Zuge der Verhandlungen?

**FINK:** Nein. Im Jahr zuvor gab es Kontakte. Und Bøgholm hatte auch Kontakte zu Kiesinger gehabt.

Die eigentlichen Verhandlungen gingen außerordentlich schnell vor sich. Wir nahmen auf der einen Seite die Kieler Erklärung, auf der anderen Seite das Kopenhagener Protokoll vor und gingen Punkt für Punkt durch. Die eigentlichen Dokumente füllten ja sozusagen nichts aus. Wenn Leute aus dem Ausland kommen und die deutsch-dänischen Erklärungen sehen wollen, dann steht da nicht viel.

**NORDSCHLESWIGER:** Welche Rolle spielte die sog. Rechtsabrechnung in den Verhandlungen?

**FINK:** Sie wurde berührt. Von dänischer Seite meinten wir, daß diese Fragen nicht in diesem Zusammenhang zu erörtern wären. Eine Rolle spielten jedoch die Kriegsinvalidenrenten; aber das befreit einseitig die Deutschen.

Die deutsch-dänischen Minderheitenklärungen sind nicht völkerrechtlich gegenseitig verpflichtend. Sie sind also nicht gerichtlich verwertbar. Sie haben aber dennoch eine gewisse völkerrechtliche Bedeutung, weil sie notifiziert sind: Sie haben das Folkeling passiert; es hat ihnen ebenso zugestimmt wie der Bundestag. Wir können sie nicht ändern, ohne daß wir es dem jeweiligen Partner mitteilen. Theoretisch sind sie veränderbar. Wenn man dies aber tut, dann muß dies der Regierung der Gegenseite angezeigt werden. Das ist aber rein hypothetisch. Denn niemand träumt von einer Änderung. In diesem Sinn haben die Erklärungen ihre Bedeutung; und sie sind eine starke moralische Verpflichtung.

**NORDSCHLESWIGER:** In den letzten zehn Jahren hat es gewisse Veränderungen und Weiterentwicklungen gegeben: 100 Prozent Landeszuschüsse für die dänischen Schulen seit 1983/85, deutsches Sekretariat in Kopenhagen 1983. Man ist von einem Nebeneinander zu einem Miteinander gelangt.

**FINK:** Diese Entwicklung läßt sich als natürlich ansehen. In Flensburg sagt man: »Es ist nicht mehr so gemein und sein dänisch«. In meiner Kindheit herrschte gegenüber dem Dänischen geradezu Verachtung. Ein nationaler Kampf gegeneinander wie in meiner Jugend ist ja kein Ideal. Das Ideal ist vielmehr, daß man in gegenseitigem Respekt miteinander leben kann. Und es ist mir eine große Freude, daß wir so weit gekommen sind, daß wir uns gegenseitig respektieren können.

**NORDSCHLESWIGER:** Und die neue Situation – die deutsche Vereinigung 1990 – hat das Grenzland und die deutsch-dänischen Relationen nicht berührt.

**FINK:** Nein. Man hätte ja auf dieser Grundlage ein starkes Emporkommen eines deutschen Nationalismus erwarten können. Das ist aber nicht geschehen. Ich glaube schon, daß die Ossis und Wessis das nationale Problem in Deutschland darstellen – nicht sein Verhältnis zur Umwelt, sondern seine innere Teilung. Es wird Zeit kosten, dieses zu überwinden.

ULRICH KÜSEL

## 40 JAHRE BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN

## Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom März 1955

## Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 29. März 1955

## Ergebnisse der deutsch-dänischen Besprechungen

Das Auswärtige Amt gibt bekannt:

Die dänisch-deutschen Besprechungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

## I.

1. Die Bundesregierung legt dem Bundestag die beigelegte Erklärung über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit zur Billigung vor.

2. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die im Bundeswahlgesetz vom 8. 7. 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 470) in § 9 Abs. 5 zu Gunsten der na-

tionalen Minderheiten getroffene Regelung in das künftige Bundeswahlrecht übernommen wird.

3. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat die Bundesregierung davon unterrichtet, daß sie bereit ist:

a) darauf hinzuwirken, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Ausnahmebestimmung von der 5%-Klausel in § 3 des Schleswig-Holsteinischen Landeswahlgesetzes zu Gunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt;

b) die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit in Zukunft wieder auf 80% der laufenden persönlichen und sachlichen Aufwendungen für Schüler der öffentlichen Volksschulen im Lande Schleswig-Holstein zu bemessen;

c) gemäß Ziffer XI des Erlasses des Landesministers für Volksbildung vom 7. 3. 1950 über die Regelung des Schulwesens der dänischen Minderheit

auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.

4. Die Bundesregierung gibt im Einvernehmen mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

## II.

1. Die Dänische Regierung legt dem Folketing die beigelegte Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit zur Billigung vor.

2. Die Dänische Regierung wird darauf hinwir-

ken, daß § 4 des Gesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946, wie durch Gesetz Nr. 214 vom 7. Juni 1952 geändert, baldmöglichst aufgehoben wird. Die Dänische Regierung ist bereit, auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der deutschen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.

3. Die Dänische Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

Beim Abschluß der deutsch-dänischen Besprechungen haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Ministerpräsident im Namen ihrer Regierungen nachfolgende Erklärungen abgegeben:

## Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern

und eingedenk der völkerrechtlichen Verpflichtung, welche die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Konvention für Menschenrechte hinsichtlich der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten (Artikel 14) übernommen hat,

erklärt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätze, auf welche die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in ihrer Erklärung vom 26. 9. 1949 Bezug genommen hatte, folgendes:

## I.

Die Angehörigen der Minderheit genießen wie alle Staatsbürger die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 garantierten Rechte. Insbesondere haben sie im Rahmen des Grundgesetzes folgende Rechte:

1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit

2. die Gleichheit vor dem Gesetz,  
3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,  
4. das Recht der freien Meinungsausübung und die Pressefreiheit,

5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,  
6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,

7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,  
8. die freie Gründung der politischen Parteien,  
9. den gleichen Zugang zu dem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung; bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes darf zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden,

10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,

11. das Recht, bei Verletzung von Rechten durch öffentliche Gewalt den Schutz der Gerichte anzufragen,

12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschaufungen benachteiligt werden darf.

In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.

2. Angehörige der dänischen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.

Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.

3. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.

4. Das besondere Interesse der dänischen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

III.

Die Bundesregierung gibt zur Kenntnis, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein ihr mitgeteilt hat:

1. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der dänischen Minderheit zur Ausschüttarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.

2. Die Landesregierung empfiehlt, daß die dänische Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.

3. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der dänischen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.

4. Im Lande Schleswig-Holstein können allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch solche mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.

## Dänische Bekanntmachung Nr. 24

vom 7. Juni 1955

## Bekanntmachung betreffend die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit

Der Ministerpräsident und Außenminister hat am 1. April 1955 im Namen der Regierung dem Folketing nachstehende Erklärung über die allgemeinen Rechte vorgelegt, die den zur deutschen Minderheit in den südjütischen Landesteilen gehörenden Personen zustehen:

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der dänisch-deutschen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu fördern

und bezugnehmend auf Artikel 14 der Europäischen Konvention für Menschenrechte, gemäß welchem die durch diese Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten sichergestellt werden sollen ohne Diskriminierung bezüglich der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit,

erklärt die Königlich Dänische Regierung zur Bestätigung der für diese Minderheit bereits geltenden Rechtsgrundsätze – wie sie auch in der vom damaligen dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft an Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig am 27. Oktober 1949 abgegebenen Erklärung (dem sogenannten Kopenhagener Vermerk) niedergelegt sind – folgendes:

## I.

Nach dänischem Recht – dem Grundgesetz des Königreichs Dänemark vom 5. Juni 1953 und sonstiger Gesetzgebung – genießt jeder Staatsbürger und somit auch jeder Angehörige der deutschen Minderheit ohne Rücksicht auf die von ihm benutzte Sprache folgende Rechte und Freiheiten:

1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit,

2. die Gleichheit vor dem Gesetz,  
3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,  
4. das Recht der freien Meinungsausübung und die Pressefreiheit,

5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,  
6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,

7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,  
8. die freie Gründung der politischen Parteien,

9. den gleichen Zugang zu dem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung, d. h. daß bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden darf,

10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,

11. das Recht, bei Verletzung von Rechten durch öffentliche Gewalt den Schutz der Gerichte anzufragen,

12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschaufungen benachteiligt werden darf.

Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.

6. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern stattfinden.

7. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

8. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der deutschen Minderheit zur Ausschüttarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.

9. Die Dänische Regierung empfiehlt, daß die deutsche Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.

10. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der deutschen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.

11. Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.

Das Folketing hat dieser Erklärung mit Beschuß vom 19. April 1955 seine Zustimmung gegeben.

## Eigene Examensschulen und Aufhebung der Sondergesetze

Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff am 26. Februar 1955  
(sog. Tingleff-Empfehlungen)

## 1. Grundsatzerklaerung:

Empfohlen wird eine Erklärung für beide Minderheiten im Sinne einer Festlegung der Grundsätze, so wie sie etwa in der Kieler Erklärung, die noch zu überarbeiten wäre, enthalten sind. Die Kieler Erklärung würde demnach für die dänische Minderheit auf die Ebene Bonn verlagert und durch eine entsprechende Kopenhagener Erklärung für die deutsche Minderheit ergänzt. Dabei ist ein formeller Vertrag denkbar, aber nicht unbedingt erforderlich, weil z.B. auch sich entsprechende Grundsatzklärungen, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Notenwechsel, ausreichend sein könnten.

## 2. Deutsch-dänischer Ausschuß:

Empfohlen wird die Schaffung eines deutsch-dänischen Gremiums, bestehend aus Vertretern der beteiligten Staaten und der Minderheiten, zur Klärung von Fragen, die das Leben der Minderheiten sowie die Stellung der einzelnen Minderheitenangehörigen betreffen bzw. beeinflussen. Das Gremium müßte die Möglichkeit haben, Vorschläge an die beteiligten Regierungen zu leiten.

## 3. Examensrecht:

Empfohlen wird die unbeschränkte Einräumung des Rechts auf Examensschulen für die Minderheiten unter den Bedingungen wie sie bis 1945 in Nordschleswig gegeben waren.

## 4. Abwicklung von Nachkriegsfragen:

Der Bund deutscher Nordschleswiger ist der Auffassung, daß eine Befreiung von den Nachwirkungen der Sondergesetzgebung des Jahres 1945 durch entsprechende dänische Maßnahmen ganz entscheidend für eine Befriedung und positive Entwicklung im Grenzland ist. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Wünsche hin, die von dem deutschen Abgeordneten im Folketing in seiner Programmrede vom 15. Oktober 1953 und in seiner Rede aus Anlaß der Debatte über den Schlußbericht der Parlamentarischen Kommission am 17. Februar 1955 der dänischen Regierung und dem Folketing vorgelegt worden sind.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatsminister H.C. Hansen auf dem Flughafen Köln-Wahn (heute Köln-Bonn). Die Maschine, mit der der dänische Regierungschef nach Deutschland flog, ist heute ein Museumsstück...  
(Foto: Bundesbildstelle, Bonn)